

Pakistan-Europäische Gemeinschaft

Länderstrategiepapier

2007-2013

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	3
1. ÜBERBLICK	5
2. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE UND UMWELTSITUATION	7
2.1 Analyse der politischen Lage	7
2.2 Analyse der wirtschaftlichen Lage einschließlich des Handels	9
2.3 Analyse der sozialen Entwicklung	10
2.4 Analyse der Umweltsituation	12
3. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE AGENDA PAKISTANS	12
3.1 Verringerung der Armut und makroökonomische Reformen	12
3.2 Wirtschaft und Handel	13
3.3 Sozialreformen	14
3.4 Umweltpolitik.....	15
4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ	16
4.1 Bisherige Zusammenarbeit mit der EG.....	16
4.2 Koordinierung und Abstimmung der Geber.....	17
4.3 Kohärenz und Politikmix	18
5. STRATEGIE DER EU (INTERVENTIONSSEKTOREN)	20
5.1 Bisherige Erfahrungen und Strategie	20
5.2 Schwerpunktbereiche	22
5.2.1 Schwerpunktbereich 1: Ländliche Entwicklung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in der Nordwestprovinz und in Belutschistan	24
5.2.2 Schwerpunktbereich 2: Bildung und Entwicklung der Humanressourcen	26
5.3 Maßnahmen in Nichtschwerpunktbereichen	27
5.3.1 Entwicklung des Handels und wirtschaftliche Zusammenarbeit	27
5.3.2 Demokratisierung und Menschenrechte	28
5.3.3 Unterstützung nichtstaatlicher Akteure und themenbezogener Haushaltslinien	29
5.3.4 Staatsführung und Sicherheit	30
5.4 Vorläufiger Zeitplan für die Durchführung	30

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank)
AKF	Aga Khan Foundation (Aga-Khan-Stiftung)
ALA	Asien und Lateinamerika
ASEAN	Association of South-East Asia Nations (Verband der südostasiatischen Nationen)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
DIPECHO	Disaster Preparedness ECHO (Vorbereitung auf den Katastrophenfall-Regionalprogramm von ECHO)
ECHO	European Community Humanitarian Office (Amt für humanitäre Hilfe der EU)
EPA	Environmental Protection Agency (Umweltschutzagentur)
ESR	Education Sector Reforms (Bildungssektorreformen)
EU EOM	EU Election Observation Mission (Wahlbeobachtungsmission der EU)
FATA	Federally Administered Tribal Areas (Stammesgebiete unter Bundesverwaltung)
GOP	Government of Pakistan (Regierung Pakistans)
GPI	Gender Parity Index
INGAD	Interagency Gender and Development Group
IPR	Intellectual Property Rights (Geistige Eigentumsrechte)
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LSP	Länderstrategiepapier
MEZ	Millenniumsentwicklungsziele
MRP	Mehrjahres Richtprogramm
MTDF	Medium-Term Expenditure Framework (Mittelfristiger Ausgabenrahmen)
MTR	Mid-term Review (Halbzeitüberprüfung)
NCS	National Conservation Strategy (Nationale Umweltschutzstrategie)
NEAP	National Environmental Action Plan (Nationaler Umweltaktionsplan)
NEP	National Environmental Policy (Nationale Umweltpolitik)
NPEP	Northern Pakistan Education Project (Nordpakistanisches Bildungsprojekt)
NRP	Nationales Richtprogramm
NTB	Non-Tariff Barriers (Nichttarifäre Handelshemmnisse)
NWFP	North-West Frontier Province (Nordwestprovinz)
PC	Planning Commission (Planungskommission)
PEPC	Pakistan Environmental Protection Council (Pakistanischer Umweltschutzrat)
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper (Strategiepapier zur Verringerung der Armut)
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation (Südasiatischer Verband für regionale Zusammenarbeit)
SAFTA	South Asian Free Trade Agreement (Südasiatisches Freihandelsabkommen)
SAP	Social Action Programme (Soziales Aktionsprogramm)

SI	Stability Instrument (Stabilitätsinstrument)
SPF	Small Project Facility (Kleinprojekt-Fazität)
SPS	Sanitary and phyto-sanitary (measures) – Gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche (Maßnahmen)
TRTA	Trade-Related Technical Assistance (Handelsbezogene technische Hilfe)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (UN-Hochkommissar für Flüchtlinge)
UNSCR	United Nations Security Council Resolution (Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen)
USAID	United States Agency for International Development (US-Agentur für internationale Entwicklung)
WB	Weltbank
WTO	Welthandelsorganisation
WWF	World Wildlife Fund

1. ÜBERBLICK

Mit rund 160 Mio. Einwohnern ist Pakistan das zweitgrößte islamische Land nach Indonesien. Es verfügt über ein großes Potential, um sich zu einem stabilen, gemäßigten und demokratischen Staat zu entwickeln, hat dieses Potential aber noch nicht voll entfaltet. Durch die Einsetzung eines gewählten Parlaments im Oktober 2002 wurden schon wichtige Fortschritte im **Demokratisierungsprozess** erzielt, aber die Armee übt nach wie vor großen Einfluss aus, und die Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse bleibt eine wichtige Aufgabe. Weitere politische Herausforderungen sind der Kampf gegen religiös motivierten Extremismus und sektiererische Gewalt, der Abbau regionaler Ungleichgewichte und die Verbesserung der Menschenrechtssituation. Eine Fortsetzung der positiven Entwicklung der Beziehungen zu Indien und Afghanistan würde erheblich zur weiteren Stabilisierung in der Region beitragen.

Seit 1999 führt Pakistan mit Erfolg ein **makroökonomisches Reformprogramm** durch, was dazu geführt hat, dass es bei einigen Wirtschaftsindikatoren die besten Ergebnisse in der Geschichte des Landes erzielt. Das BIP verzeichnete 2004-05 einen Zuwachs von 8,4 %. Dazu beigetragen haben ein leistungsstarker Außenhandel, hohe Geldüberweisungen und externe finanzielle Hilfe. Die Reformen haben jedoch noch keine spürbare Auswirkung in Bezug auf die Verringerung der **Armut**; ein Drittel der pakistanischen Bevölkerung gilt immer noch als arm. Trotz umfangreicher offizieller Entwicklungshilfe haben sich in den 90er Jahren in Pakistan die Indikatoren für menschliche Entwicklung verschlechtert, und die sozialen Gegensätze haben sich verschärft. Nach dem UNDP-Index für menschliche Entwicklung 2004 steht Pakistan unter den südasiatischen Ländern an letzter Stelle. Wenn Pakistan die Millenniumsentwicklungsziele erreichen soll, ist eine drastische Kehrtwende in der Politik zur Förderung der sozialen Entwicklung erforderlich. Das Erdbeben im Oktober 2005 hinterließ weitreichende Zerstörungen; laut IWF dürfte es aber keine größeren negativen Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes haben.

Pakistan ist mit ernststen **Umweltproblemen** konfrontiert, z. B. mit dem Problem der Wasserverknappung, die durch den demographischen Druck zunimmt, oder auch mit dem der Entwaldung und der Degradation von Weideland. Es wird befürchtet, dass Pakistan in eine Abwärtsspirale von Umweltzerstörung und Armut geraten könnte. Die unzulängliche **Verwaltung** ist weiterhin ein großes Problem und wirkt sich negativ auf die Bereitstellung sozialer Dienste aus. Der Dezentralisierungsprozess hat zwar die lokalen politischen Institutionen gestärkt, doch es müsste noch mehr getan werden, um die Verwaltungs- und Kapazitätsprobleme auf lokaler Ebene anzugehen.

Die Islamische Republik Pakistan und die Europäische Union haben ihren Willen zum Ausbau ihrer Beziehungen im neuen **Kooperationsabkommen der dritten Generation**, das 2004 in Kraft trat, bekräftigt. In Übereinstimmung mit den politischen Prioritäten Pakistans wird das wichtigste Ziel 2007-2013 die Verringerung der Armut sein. Der **erste Schwerpunktbereich** für die Hilfe umfasst die **ländliche Entwicklung und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in der Nordwestprovinz und in Belutschistan**, mit dem Ziel, die regionalen Disparitäten abzubauen und Pakistans

sicherheitskritischen Provinzen an der Grenze zu Afghanistan zu mehr Stabilität zu verhelfen. Der **zweite Schwerpunktbereich** deckt die Themen **Bildung und Entwicklung der Humanressourcen** ab, zwei Faktoren, die von entscheidender Bedeutung für die Qualifizierung der Arbeitskräfte und den Aufbau eines gemäßigten und stabilen Pakistan sind.

Die Tätigkeiten auf dem Gebiet der Hochschulbildung werden im Rahmen der regionalen Programmplanung für Asien finanziert. Entwicklung des Handels, Demokratisierung, Menschenrechte und Bekämpfung der Geldwäsche sind weitere Gebiete, auf denen Hilfe geleistet wird.

Im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) ist für Pakistan für den Zeitraum 2007-2013 eine indikative Mittelzuweisung in Höhe von 398 Mio. EUR vorgesehen. Diese Mittel können durch Projekte und Programme ergänzt werden, die wiederum durch die Regionalprogramme für Asien und verschiedene thematische Programme finanziert werden.

Um mit der Gemeinschaftshilfe größtmögliche Wirkung zu erzielen, werden in dieses LSP Querschnittsthemen wie vor allem Umwelt, Konfliktprävention, Gleichstellung, HIV/AIDS, Menschenrechte und Regierungsführung mit einbezogen („Mainstreaming“).

2. POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE UND UMWELTSITUATION

2.1 Analyse der politischen Lage

Die Islamische Republik Pakistan ist das siebtgrößte Land der Welt und mit einer Bevölkerung von rund 160 Mio. Menschen der zweitgrößte muslimische Staat nach Indonesien. Pakistan ist eine föderale parlamentarische Demokratie, in der das Militär jedoch großen Einfluss hat. General Pervez Musharraf kam im Oktober 1999 durch einen Militärputsch an die Macht, bestimmte sich selbst zunächst zum politischen Oberhaupt und ernannte sich später zum Staatspräsidenten. Er versprach, die Wirtschaft neu zu beleben und die Korruption zu bekämpfen. Der Oberste Gerichtshof räumte ihm eine Frist von drei Jahren ein, um die Demokratie wiederherzustellen. Durch den Militärputsch wurde Pakistan international isoliert, der politische Dialog mit der EU wurde ausgesetzt und Pakistan wurde vorübergehend aus den Entscheidungsgremien des Commonwealth ausgeschlossen. Pakistan wurde international wieder akzeptiert, als es nach den Ereignissen des 11. September 2001 die internationale Gemeinschaft in ihrem Kampf gegen den Terrorismus unterstützte und dem Talibanregime im benachbarten Afghanistan seine Unterstützung entzog.

Im April 2002 organisierte General Musharraf ein Referendum, um bis 2007 als Präsident und Armeechef im Amt zu bleiben. Im Oktober 2002 fanden Parlamentswahlen statt. Die Durchführung der Wahl wurde von der entsandten EU-Wahlbeobachtungsmission (EU-EOM) als „mit Mängeln behaftet“ beschrieben, weil die von den früheren Premierministern Benazir Bhutto und Nawaz Sharif angeführten Oppositionsparteien behindert wurden. Erst relativ spät stimmte das neu gewählte Parlament einer Änderung der Verfassung zu, durch die die Rolle des Präsidenten wesentlich gestärkt wurde. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit kam nur mit Unterstützung der religiösen Parteien zu Stande. Im Gegenzug versprach Präsident Musharraf, bis Ende 2004 seine Uniform abzulegen. Später rückte er wieder von diesem Versprechen ab mit dem Argument, die Uniform sei wichtig, um Pakistan vor dem Extremismus zu bewahren. Die nächsten Parlamentswahlen sollen 2007 stattfinden. Sie werden sich ganz entscheidend darauf auswirken, ob Pakistan weitere Fortschritte bei der Stärkung demokratischer Institutionen machen wird.

Pakistan ist nach wie vor ein einkommensschwaches Land, verfügt aber über das **Potenzial, sich zu einem wohlhabenden, gemäßigten und demokratischen Staat zu entwickeln**. Gefährdet wird die Entwicklung eines stabilen demokratischen Gemeinwesens durch die Einmischung des Militärs in die Politik, die an der langen Tradition des Wechsels von Zivilregierungen und Militärherrschaft deutlich wird. In Bezug auf die öffentliche und politische Rechenschaftspflicht ließe sich noch Vieles verbessern. Konservative religiöse Gruppen widersetzen sich Präsident Musharrafs Programm der „enlightened moderation“ (Programm der aufgeklärten Mäßigung).

Pakistan war in den letzten Jahren wiederholt Zielscheibe sektiererischer Gewalt. Sie geht von Gruppen aus, die hauptsächlich durch Hintermänner in der Nordwestprovinz und in Belutschistan sowie in den „Tribal Agencies“ entlang der Grenze zu Afghanistan und in einigen größeren Städten wie Karatschi unterstützt werden. Die Regierung hat ihre

Entschlossenheit zur Bekämpfung des Terrorismus unter Beweis gestellt, indem sie militante Gruppen verboten und eine ganze Reihe pakistanischer und ausländischer Staatsangehöriger festgenommen hat, die militanter Aktionen verdächtigt werden.

Pakistan weist große regionale Unterschiede auf, wobei die östlichen Provinzen Punjab und Sindh im Vergleich zur Nordwestprovinz und zu Belutschistan relativ wohlhabend sind. Sindh, Belutschistan und Punjab liegen seit vielen Jahren wegen der zunehmenden Wasserverknappung und der Nutzung der Wasserkraft miteinander im Streit.

Im Jahr 2000 startete Pakistans damalige Militärregierung eine Kampagne zur Dezentralisierung der politischen Macht, um administrative und finanzielle Befugnisse auf die lokale Ebene zu übertragen und die Kontrolle und Rechenschaftspflicht auf dieser Ebene zu stärken. 2001 und dann wieder 2005 wurden die lokalen Regierungen außerhalb von Parteienzugehörigkeiten gewählt. Das Dezentralisierungsprogramm wurde von der Opposition als Umgehung der politischen Parteien und Schwächung der Stellung der Provinzen bei gleichzeitiger relativer Untätigkeit in Bezug auf die Einführung der Rechenschaftspflicht auf lokaler Ebene kritisiert.

Die pakistanische Verfassung garantiert individuelle Freiheitsrechte. Der häufige Rückgriff auf Notstandsgesetze hat das Rechtssystem jedoch in Bezug auf die Wahrung dieser individuellen Rechte ausgehöhlt. Eine Reihe positiver Reformen wurde auf dem Gebiet der **Menschenrechte** durchgeführt, insbesondere in Bezug auf die Reform der Polizei, die Abschaffung der Todesstrafe für Jugendliche und die Einrichtung einer staatlichen Kommission zur Stellung der Frau (National Commission of the Status of Women). Es ist jedoch fraglich, inwieweit diese neuen Rechtsvorschriften eingehalten werden. Trotz einiger Verfahrensänderungen gibt manches weiterhin Anlass zur Sorge, zum Beispiel die Gesetze über Gotteslästerung und Gesetze, die der Pflichtenlehre des Koran Geltung verschaffen (*hudood laws*) sollen. Im November 2006 genehmigten die Nationalversammlung und der Senat Pakistans die Protection of Women Bill (Gesetz zum Schutz der Frauen, Änderung des Strafrechts), um damit die Hudood Gesetze über Ehebruch und Vergewaltigung zu reformieren. Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Schutz der Frauenrechte in Pakistan besser gewährleisten zu können. Machtmissbrauch durch die Rechtdurchsetzungsorgane ist an der Tagesordnung. Der Zugang zu Rechtsmitteln und die Unabhängigkeit der Gerichte sind weiterhin problematisch. Frauen, religiöse und/oder ethnische bzw. Stammesminderheiten und Arme sind besonders gefährdet. In Pakistan gibt es immer noch Leibeigenschaft und Kinderarbeit sowie Handel mit Kindern. Es wird von Verstößen gegen die Versammlungs- und Redefreiheit berichtet, insbesondere in Bezug auf die politische Opposition.

Pakistans Beziehungen zu seinen Nachbarn sind traditionell komplex. Die Beziehungen zu **Indien** unterliegen dramatischen Schwankungen und reichen vom Aufmarsch an der Grenze im Jahr 2002 bis zur Wiederaufnahme eines strukturierten Dialogs (*composite dialogue*) im Januar 2004. Zu den seit 2004 ergriffenen vertrauensbildenden Maßnahmen gehören in erster Linie die Öffnung von grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen und menschliche Begegnungen, die Anlass zu der Hoffnung geben, dass der eingeleitete Verständigungsprozess unumkehrbar ist. Pakistan erwartet Fortschritte im Hinblick auf eine friedliche Lösung der Kaschmir-Frage, der es zentrale Bedeutung für den Erfolg des Versöhnungsprozesses beimisst.

Der langjährige Konflikt in **Afghanistan** und die dadurch ausgelösten Wanderbewegungen beeinträchtigen die Sicherheit in Süd- und Zentralasien. Noch immer können Rebellen ungehindert die Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan überwinden, und auch für kriminelle Aktivitäten wie Drogenschmuggel stellt sie kein ernstzunehmendes Hindernis dar. Pakistan unternimmt beachtliche Anstrengungen, um dem Einhalt zu gebieten, indem es militärische Operationen gegen versprengte Al Qaida-Anhänger und Talibankämpfer durchführt. Diese Operationen stoßen bei der lokalen Stammesbevölkerung auf wenig Verständnis. Die bilateralen Beziehungen zu Afghanistan haben sich seit 2001 zwar verbessert, bleiben aber dennoch angespannt.

Insgesamt betrachtet steht Pakistan in den nächsten Jahren vor **schwierigen politischen Aufgaben**: Es muss den Übergang zu einer Zivilregierung durch die Stärkung demokratischer Institutionen und Prozesse abschließen, religiös motivierten Extremismus und sektiererische Gewalt eindämmen, die Menschenrechtssituation verbessern und seine Beziehungen zu Indien und Afghanistan weiter verbessern.

2.2 Analyse der wirtschaftlichen Lage einschließlich des Handels

Seit 1999 setzt Pakistan erfolgreich ein **makroökonomisches Stabilisierungsprogramm** um, das erste Früchte trägt: Das BIP-Wachstum beschleunigt sich, und für den Zeitraum 2004 bis 2005 weisen die amtlichen Zahlen ein Wachstum von 8,4 % aus, das höchste seit zwei Jahrzehnten. Das Haushaltsdefizit konnte verringert, die Auslandsschuld auf dem gleichen Stand gehalten werden. Die **Inflationsrate** schnellte im Zeitraum 2004 bis 2005 jedoch auf 9,3 % hoch, was hauptsächlich auf die hohen Rohölpreise zurückzuführen ist.

Das **Erdbeben vom 8. Oktober 2005** verursachte weitreichende Zerstörungen in den von Pakistan verwalteten Teilen Kaschmirs und den östlichen Teilen der Nordwestprovinz; 80 000 Menschen starben, 2,8 Millionen wurden obdachlos. Die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur der betroffenen Regionen wurde massiv geschädigt. Die Schäden durch das Erdbeben und die Kosten für Soforthilfe, Lebensunterhalt und Wiederaufbau wurden auf 5,2 Mrd. US\$ geschätzt. Entgegen den erwarteten nachteiligen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und insbesondere auf das Haushaltsdefizit, dürfte das Wirtschaftswachstum jedoch nur geringfügig beeinträchtigt werden. Der IWF erwartet keine größeren Auswirkungen des Erdbebens auf die prognostizierte Wirtschaftsentwicklung Pakistans.

Die wirtschaftliche Entwicklung Pakistans wird durch drei **strukturelle Schwächen** behindert: Es mangelt an einer **Basis gut ausgebildeter Humanressourcen** sowie an **Infrastruktur**, insbesondere in den Bereichen Elektrizitätsversorgung und Schienenverkehr und in den Häfen, und die **Verwaltung** ist mangelhaft. Die **direkten Auslandsinvestitionen** sind hauptsächlich wegen Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und des rechtlichen Rahmens nach wie vor relativ gering. Trotz eines Anstiegs der Gesamtsteuereinnahmen profitiert vor allem das kleine Segment der hohen Einkommen von der großen Abhängigkeit der Regierung von indirekten Steuern, dem niedrigen Niveau der Einkommenssteuererhebung und den Steuernachlässen im Zusammenhang mit Kapitalerträgen und Grunderwerb.

Pakistans **Handelsvolumen** ist trotz relativ starker Zuwächse in den letzten Jahren für ein Land seiner Größe nach wie vor **gering**. 2003 betrug die Offenheit der pakistanischen Volkswirtschaft gegenüber dem Außenhandel bezogen auf das BIP 38 %, was im internationalen Vergleich niedrig ist (z. B. Offenheitsindex der ASEAN: 144 %). Pakistans Hauptausfuhren sind Baumwolle, Textilien und Reis. Wenn sich Pakistan besser in den Weltmarkt integrieren soll, muss es seine Ausfuhren diversifizieren.

Die **EU ist Pakistans größter Handelspartner**. Die Einfuhren der EU aus Pakistan sind im Laufe der Jahre deutlich gestiegen und erreichten 2005 ein Volumen von 3,4 Mrd. EUR; dennoch verzeichnete Pakistan 2005 zum ersten Mal seit vielen Jahren ein Handelsdefizit gegenüber der EU. Pakistans Ausfuhren in die EU beschränken sich weitgehend auf Textilien und Bekleidung (über 60 %). Haupteinfuhrerzeugnisse aus der EU sind mechanische und elektrische Ausrüstung (47 %), gefolgt von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen (22 %).

Der regionale Handel mit den **SAARC**-Ländern macht weniger als 4 % des gesamten Handelsvolumens aus. Für Pakistan wäre eine Steigerung des regionalen Handels vor allem mit Indien von großem Nutzen. Politische Einschränkungen behindern jedoch einen Ausbau der Handelsbeziehungen. Dies könnte sich möglicherweise ändern, wenn die gegenwärtige Annäherung fortgesetzt wird. Mit dem Wiederaufbau stieg das Handelsvolumen mit Afghanistan sehr schnell auf ungefähr 1 Mrd. US\$ pro Jahr, und ein weiterer Anstieg ist zu erwarten. Mit der Umsetzung des Südasiatischen Freihandelsabkommens (South Asia Free Trade Agreement - **SAFTA**) soll ab Juli 2007 ein Liberalisierungsprozess eingeleitet werden.

2.3 Analyse der sozialen Entwicklung

Der vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) veröffentlichte **Index für menschliche Entwicklung** 2004 zeigt, dass nur fünf Länder weniger (in Prozent des BIP) für Gesundheit und Bildung ausgeben als Pakistan. Insgesamt belegt Pakistan bei der menschlichen Entwicklung Rang 142 unter 177 Ländern und damit den letzten Platz unter den Ländern Südasiens. Nur die Hälfte der pakistanischen Bevölkerung kann lesen und schreiben. Einer Strategieüberprüfungs- und Programmierungsmission der Gemeinschaft zufolge verzeichnet Pakistan schlechtere Ergebnisse bei der menschlichen Entwicklung als andere Länder mit vergleichbarem Einkommensniveau, und diese Diskrepanz wird größer statt kleiner. Trotz des Rückgangs der Spannungen in der Region sind die Ausgaben für Verteidigung nach wie vor sehr hoch, was den Spielraum für eine Erhöhung der Sozialausgaben begrenzt. Pakistan wird Schwierigkeiten haben, seine Millenniumsentwicklungsziele (MDG)¹ zu erreichen, insbesondere in Bezug auf Kindersterblichkeit, Mangelernährung von Kindern und Grundschulbesuchsquoten, es sei denn, die Regierung ändert ihren Ansatz für soziale Entwicklung grundlegend. Die Millenniumsentwicklungsziele können nur erreicht werden, wenn die Defizite in Bezug auf die Chancengleichheit von Männern und Frauen deutlich verringert und Maßnahmen zur Beseitigung der geschlechterspezifischen Ungleichbehandlung ergriffen werden. Nach wie vor gibt es eine Ungleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der

¹ Eine detaillierte Übersicht der Millenniumsentwicklungsziele und der erzielten Ergebnisse ist in ANHANG 5 enthalten.

medizinischen Versorgung, und die Müttersterblichkeit ist weiterhin hoch. Schwangerschaftsfürsorge wird kaum genutzt.

In einer 1999 von der Weltbank erstellten Armutsbewertung wurde ein Drittel der pakistanischen Bevölkerung als arm eingestuft, wobei die ländlichen Gebiete stärker betroffen sind. Aufgrund fehlender aktueller statistischer Angaben zur Armut lässt sich nicht sicher sagen, ob sich das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre in Bezug auf die Armut positiv auswirkt. Viele Wirtschaftsexperten halten den Reformprozess für rein auf das Wachstum und nicht auf Gerechtigkeit ausgerichtet und meinen, dass er kaum oder gar nicht zur Verringerung der Armut beiträgt. Verschiedene Experten halten eine Beseitigung der Armut ohne eine Landwirtschafts- und Grundbesitzreform für schwierig, da in der Landwirtschaft immer noch 25 % des BIP erwirtschaftet werden und 40 % der Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Pakistan verzeichnet mit etwa 2 % das höchste Bevölkerungswachstum in Südasien. Setzt sich dieser Trend fort, könnte sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2025 verdoppeln, so dass sich die Integration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in die Wirtschaft des Landes noch schwieriger gestalten wird als heute. Vieles deutet darauf hin, dass das jüngste Wachstum sich nicht besonders beschäftigungsintensiv ausgewirkt hat, was Zweifel an den Prognosen des mittelfristigen Entwicklungsrahmens (Medium-Term Development Framework – MTFD) weckt, dem zufolge die Arbeitslosenquote, die im Zeitraum 2004 bis 2005 bei 7,5 % lag, bis 2009-10 auf 4,0 % sinken soll – es sei denn, das Verhältnis zwischen Wachstum und Aufnahmekapazität des Arbeitsmarkts würde sich drastisch verbessern. Seit mehreren Jahrzehnten trägt der **demographische Druck** dazu bei, dass viele auswandern. Diese Tendenz wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Pakistan weist große regionale Unterschiede auf, wobei die Provinzen Punjab und Sindh im Vergleich zur Nordwestprovinz und Belutschistan weiter entwickelt sind. Darüber, wie die Haushaltsmittel zwischen der zentralen Ebene und den Provinzen bzw. zwischen den einzelnen Provinzen verteilt werden sollen, herrscht Uneinigkeit. Die anderen Provinzen sind der Meinung, dass Punjab wegen der starken Gewichtung des Bevölkerungsfaktors auf ihre Kosten am meisten profitiert. Außerdem sorgen die **zunehmende Wasserverknappung** und die Frage der Nutzung der Wasserkraft seit Jahren für Streit zwischen den Provinzen. Da Pakistan bis 2010 mit ernststen Wasserversorgungsproblemen konfrontiert sein dürfte, birgt der Streit um diese lebenswichtige Ressource ein erhebliches Konfliktpotenzial und könnte nach innen und nach außen destabilisierend wirken. Verschärft wird das Problem durch den steigenden Wasserbedarf der privaten Haushalte in den rasch wachsenden Städten.

Die nur **langsam vorankommende soziale Entwicklung** stellt also das größte Problem für die künftige Sicherheit, die Stabilität und den wirtschaftlichen Wohlstand Pakistans dar. Die Regierung hat Bildung und Gesundheit nicht genügend Priorität eingeräumt; dies zeigt sich daran, dass die Ausgaben in diesen Bereichen die niedrigsten in Südasien sind. Sollte die Regierung ihre Ausgabenpolitik nicht nachhaltig ändern, können die wichtigsten Millenniumsentwicklungsziele nicht erreicht werden. Höhere **Investitionen in Humankapital und Qualifikationen** sind nicht nur notwendig, um Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung zu erreichen, sondern sie werden auch immer

wichtiger, um die Schaffung von produktiven und menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen zu fördern und um nachhaltige Wachstumsraten aufrechtzuerhalten.

Die Migrationsströme aus Pakistan bewegen sich vor allem nach Westen. Die pakistanischen Behörden haben ihre Kapazitäten ausgebaut, um illegale Migration zu verhindern und zu bekämpfen, insbesondere indem sie ihre Kapazität verbessert haben, gefälschte oder falsche Reisedokumente zu erkennen und Informationen über Schleusernetze zu sammeln. Derzeit wird mit Pakistan über ein Rücknahmeabkommen verhandelt.

2.4 Analyse der Umweltsituation

Die Umweltlage in Pakistan gibt Anlass zu ernster Besorgnis. Die Luftverschmutzung hat in den letzten zehn Jahren um ein Vielfaches zugenommen. Im einst wasserreichen Pakistan herrscht heute **Wasserknappheit**. Verschärft wird das Problem durch die Wasserverschmutzung aus zahlreichen Quellen und die zunehmende Versalzung. Der Waldbestand des Landes leidet unter der extensiven Nutzung, nur noch 4 Prozent der Oberfläche sind bewaldet. Pakistans Artenvielfalt ist bedroht, was zu einer Übernutzung des Naturkapitals, zu Überflutung und Wüstenbildung, zum Verlust der Lebensgrundlage und zu lokaler Unsicherheit führen kann. Es steht zu befürchten, dass die Umweltprobleme in Pakistan zu irreversiblen Problemen werden, die in eine Abwärtsspirale aus Armut und Umweltzerstörung münden (**Poverty-Environment-Nexus**). Das Problem der Zerstörung des natürlichen Lebensraums und der Umweltverschmutzung wird durch die mangelnde Integration des Umweltschutzes in die übrigen Politikbereiche weiter verschärft.

Der über zwei Jahrzehnte anhaltende Konflikt in Afghanistan hat einen gewaltigen **Strom von Flüchtlingen** nach Pakistan gebracht; von denen über 3 Millionen immer noch in Pakistan leben. Die Flüchtlinge erhielten Hilfen in Form von Nahrungsmitteln und sonstiger humanitärer Hilfe, sie konkurrieren jedoch häufig mit der einheimischen Bevölkerung um eine nachhaltige Sicherung des Lebensunterhalts. Ihr Vieh trug zur Degradation des Weidelandes bei. Sie benutzten die verbliebenen Waldressourcen als Mittel zur Einkommenserzeugung und als Brennholzquelle und verlegten sich in einigen Fällen auf illegalen Holzeinschlag. Die Repatriierung afghanischer Flüchtlinge hat weiterhin Priorität, doch Regierung, Geber und Entwicklungshilfeagenturen erörtern auch Möglichkeiten, dauerhafte Lösungen für afghanische Flüchtlinge zu finden.

3. ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE AGENDA PAKISTANS

3.1 Verringerung der Armut und makroökonomische Reformen

Die Regierungsstrategie kommt im 2004 fertig gestellten Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (**Poverty Reduction Strategy Paper — PRSP**) zum Ausdruck. Das Strategiepapier steckt einen umfassenden politischen Rahmen ab, durch den wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung in Pakistan gesichert werden sollen. Das PRSP stützt sich auf vier Säulen: (i) Erzielung eines **Wirtschaftswachstums** auf breiter Basis mit Schwerpunkt auf der **ländlichen Wirtschaft**, (ii) Verbesserung der

Regierungsführung und Konsolidierung der Dezentralisierung, (iii) Investitionen in das **Humankapital** und Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste und (iv) **besondere Berücksichtigung der Armen** und Benachteiligten. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Strategie ist die Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) für nachhaltige Entwicklung und Armutsverringerung sowie die Bildung einer Allianz von Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.

Um die Strategien zur Armutsbekämpfung und die MDG-Aktionspläne umzusetzen legte die Regierung einen mittelfristigen Entwicklungsrahmen für 2005-10 (**Medium-Term Development Framework - MTDF**) vor, der in die jährliche Entwicklungsplanung mit eingeht. Im Mittelpunkt stehen drei Wachstumsaspekte: Ausbau der **Infrastruktur**, **Entwicklung der Humanressourcen** und **Technologie** im Rahmen der umfassenden Parameter des makroökonomischen Rahmens.

Im mittelfristigen Entwicklungsrahmen wird für den Zeitraum 2005 bis 2010 das ehrgeizige Ziel eines BIP-Wachstums (in Industrie, Landwirtschaft und Dienstleistungssektor) von 7,4 % pro Jahr festgelegt. Die Privatwirtschaft wird im Entwicklungsrahmen als wichtigste Wachstumsquelle gesehen, und die Bedeutung der beruflichen Bildung und einer Verbesserung und Umorientierung des Bildungssystems im Hinblick auf den Aufbau einer wissensgestützten Wirtschaft wird besonders hervorgehoben. Außerdem wird darin die entscheidende Bedeutung von Einkommenserzeugung und Beschäftigungsmöglichkeiten für das Wirtschaftswachstum und die Verringerung der Armut anerkannt.

Durch die Verordnung über die lokale Verwaltung (**Local Government Ordinance**) von 2001 wurde ein umfassender Dezentralisierungsplan auf den Weg gebracht, mit dem administrative und finanzielle Zuständigkeiten wie die Erbringung sozialer Dienstleistungen auf die lokalen Verwaltungen übertragen wurden. Den lokalen Verwaltungen sollen von den Provinzen nach einem bestimmten Schlüssel zugewiesene Finanzmittel für bestimmte Haushaltsblöcke übertragen werden. Damit soll auch die Rechenschaftspflicht der lokalen Verwaltungen den Bürgern gegenüber zunehmen.

Durch die **Dezentralisierung** wurden die lokalen politischen Institutionen gestärkt und die Gleichberechtigung der Geschlechter in der Politik gefördert. In Bezug darauf, ob sich die Erbringung von Dienstleistungen inzwischen verbessert hat, sind die Rückmeldungen jedoch unterschiedlich, und es sind noch einige wichtige Aufgaben zu bewältigen, wenn der Dezentralisierungsprozess erfolgreich zu Ende gebracht werden soll, etwa Verwaltungs- und Kapazitätsfragen auf lokaler Ebene, eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Bundes-, Provinz- und lokaler Ebene und ein genau festgelegtes System für die Übertragung von Haushaltsmitteln.

3.2 Wirtschaft und Handel

In ihrem mittelfristigen Entwicklungsrahmen (**MTDF**) formuliert die Regierung als Perspektive für 2030 das Ziel eines entwickelten, industrialisierten, gerechten und wirtschaftlich florierenden Pakistan, auf der Grundlage **einer schnellen und nachhaltigen Entwicklung in einer durch Ressourcenknappheit gekennzeichneten**

Wirtschaft durch den Ausbau von Wissensinput. Die makroökonomische Stabilität ist in dieser Hinsicht ein Schlüsselfaktor; sie ist nach Aussagen der pakistanischen Regierung durch (i) höhere Entwicklungsausgaben, (ii) höhere Investitionen und Ausfuhren (angestrebt wird eine jährliche Rate von 10 %) und (iii) eine Inflationsbegrenzung auf unter 6 % zu erreichen. Landwirtschaft und verarbeitendes Gewerbe sowie der **Aufbau von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)** haben ebenso Priorität wie **der Ausbau der Wasser- und Energieversorgung, des Verkehrs und der städtischen Infrastruktur.** Und schließlich wird im MTFD die Bedeutung der Entwicklung von intellektuellem Kapital betont, indem der Schwerpunkt auf die berufliche Bildung und die Entwicklung **qualifizierter Arbeitskräfte** gelegt wird.

Im MTFD für 2005-10 werden auch eine regional ausgewogene Entwicklung und der soziale Zusammenhalt als Ziel genannt. Das bedeutet nicht einfach nur Wachstum, sondern **beschäftigungsorientiertes Wirtschaftswachstum zugunsten der armen Bevölkerung** sowie **Sozialschutz.** Zu den Maßnahmen, die die Regierung in den letzten Jahren ergriffen hat, gehören öffentliche Bauvorhaben, die Unterstützung der Bereitstellung von Kleinstkrediten und Reformen des sozialen Sicherungsnetzes. Wenn das Wachstum tatsächlich der armen Bevölkerung zugute kommen und die Armut verringern soll, müssen Sozialschutz und Renten- und Sozialsysteme für Arbeitskräfte in der Privatwirtschaft und in der Schattenwirtschaft ausgebaut werden. Im MTFD wird auch anerkannt, dass das Wachstum auf Dauer nicht allein von der Landwirtschaft, der textildominierten verarbeitenden Industrie oder Dienstleistungen mit niedriger Produktivität getragen werden kann, und es wird gefordert, mehr Nachdruck auf den Aufbau einer wissensbasierten Wirtschaft mit hoch produktiven Sektoren zu legen, die das Wirtschaftswachstum antreiben.

Pakistans Entwicklungsstrategie für die Ausfuhr basiert auf der Notwendigkeit, sowohl das Volumen als auch den Wert der Ausfuhren zu erhöhen, und zwar durch Produktdiversifizierung und Erweiterung der Wertkette durch Kapazitätsausbau sowie eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Exporteure. Zölle sind nach wie vor Pakistans wichtigstes **handelspolitisches Instrument**; durch die vor kurzem erfolgte Aufhebung nicht-tarifärer Handelshemmnisse für mehrere Produkte haben sie noch an Bedeutung gewonnen. Der Spielraum für einen effizienteren Einsatz dieses Instruments durch weitere Zollsenkungen könnte in naher Zukunft dadurch begrenzt werden, dass Zölle eine wichtige Einnahmequelle für die Regierung sind.

Seit 1999 wurde Pakistans **Bankensektor** in grundlegenden Fragen einer Reform unterzogen, indem die Bankenaufsicht und die Regulierungssysteme verstärkt wurden. Durch den Reformprozess wurde der Grundstein für den erfolgreichen Ausbau von Kleinstkrediten gelegt. Damit verbunden ist die Entwicklung eines soliden **politischen Rahmens für KMU**, der vor allem den kleinen Unternehmen Zugang zu Finanzmitteln sichern soll. Der weitere Ausbau dieses Sektors gilt als wichtige Beschäftigungs- und Einkommensquelle.

3.3 Sozialreformen

Die nationale **Reform des Bildungssektors (Education Sector Reform – ESR)** und die Aktionspläne „**Bildung für alle**“ bilden das Kernstück der im Strategiepapier zur

Armutsbekämpfung (PRSP) festgelegten Bildungsstrategie, die auch die Reform und Einbeziehung der Koranschulen (Medresen) einschließt. Während die Bildungsstrategie eindeutig formuliert ist und die Problemstellungen klar benannt werden, muss die Politik eine entsprechende Kehrtwende bei den Investitionsentscheidungen erst noch vollziehen. Die für Bildung eingesetzten Haushaltsmittel betragen immer noch weniger als 2 % des BIP und bleiben damit unter dem von der UNESCO empfohlenen Minimum von 4,5 %. Die Programme der Provinzen betreffen über 90 % der landesweiten Bildungsausgaben; sie sollten stärker beachtet werden als dies im Strategierahmen der Fall ist.

Um Fortschritte im Hinblick auf die Bildungsziele zu erzielen, müssen zusätzliche Mittel bereitgestellt sowie Effizienz und Qualität der öffentlichen Ausgabenpolitik verbessert werden, was wiederum nur gelingen kann, wenn die **Dezentralisierung** – die grundlegende Reform der öffentlichen Dienstleistungserbringung – gelingt. In Pakistan sind die **öffentlich-privaten Partnerschaften** auf dem Gebiet der Bildung aufgrund der schnell expandierenden Privatschulen von großer Bedeutung. **Kapazitätsentwicklung und Verwaltung** erhalten zunehmend Aufmerksamkeit. Insbesondere wird erkannt, dass bei den Beamten der lokalen Bildungsbehörden Kapazitäten aufgebaut und Strategien entwickelt werden müssen, um die Anwesenheit von Lehrern in den Schulen zu erhöhen.

Das Gesundheitsministerium hat für 2005-10 einen Fünfjahresplan aufgestellt. **“Gesundheit für alle“** lautet der Titel des Regierungsdokuments, das Leitlinien dafür enthält, wie effizientere, gerechtere und nachhaltigere Maßnahmen durchgeführt werden können. Zwar sind die Mittel für den Gesundheitssektor erhöht worden, sie betragen aber immer noch nur 0,7 % des BIP; das ist die niedrigste Rate in Südasien.

Die Regierung führt gegenwärtig ein Programm zur Eindämmung von HIV/AIDS durch, um zu verhindern, dass sich HIV in den besonders gefährdeten Bevölkerungsschichten noch weiter ausbreitet und dann auch immer mehr die erwachsene Allgemeinbevölkerung betrifft.

Nur 42 % der Bevölkerung verfügen über eine **Wasser- und Abwasserversorgung** einschließlich einer geschlossenen Kanalisation in städtischen Gebieten und einer offenen Kanalisation in ländlichen Gebieten. In einigen Großstädten gibt es praktisch keine Abwasserbeseitigung, so dass die öffentliche Gesundheit ernsthaft gefährdet ist. Der öffentliche Sektor investiert zu wenig in diesen Bereich, und viele Menschen haben nur verschmutztes und verunreinigtes Trinkwasser.

3.4 Umweltpolitik

Trotz der Anstrengungen mit dem Ziel, der Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten, nimmt die Umweltqualität in Pakistan weiter ab. Die im Jahr 2000 vorgenommene Halbzeitüberprüfung der nationalen Umweltschutzstrategie (**National Conservation Strategy - NCS**) ergab, dass durch die NCS bisher vor allem die Sensibilisierung und in geringerem Umfang auch der Verwaltungsaufbau gefördert wurden, eine tatsächliche Verbesserung der Umweltsituation jedoch noch nicht erreicht wurde. Gleichzeitig werden die Umweltprobleme Pakistans durch Faktoren wie das schnelle Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum noch verschärft.

Pakistan verfügt über relativ weitreichende **Umweltschutzbestimmungen**. Allerdings werden sie so gut wie nicht umgesetzt, da die institutionellen Voraussetzungen unzureichend sind und es an grundlegenden menschlichen, administrativen, technischen und finanziellen Ressourcen fehlt. Diese Ungleichgewichte werden im neuen Entwurf für eine nationale Umweltpolitik (National Environmental Policy - NEP) und dem damit zusammenhängenden mittelfristigen Entwicklungsrahmen für 2005-10 (MTDF) angegangen. Darin werden folgende Bereiche genannt, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht: Wassermanagement, Verschlammen der Wasserspeicher, Behandlung städtischer und industrieller Abwässer und verbesserter Zugang zum Abwassersystem.

4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

4.1 Bisherige Zusammenarbeit mit der EG

Seit dem Beginn ihrer Zusammenarbeit mit Pakistan im Jahr 1976 hat die **Kommission mehr als 500 Mio. EUR für Projekte und Programme zur Verfügung gestellt**. In den 80er Jahren startete die Kommission eine Mischung aus Infrastruktur- und Sozialentwicklungsprojekten mit folgenden Schwerpunkten: Straßen- und Brückenbau, eine Fischereihafenanlage, Stromversorgungsinfrastruktur in ländlichen Gebieten, Viehzucht, allgemeine Bildung, berufliche Bildung und integrierte ländliche Entwicklung. In den 90er Jahren straffte und konsolidierte die Kommission ihr Portfolio und richtete ihre Tätigkeit stärker auf strategische Investitionsprogramme für den sozialen Bereich aus, wobei sie entsprechend der Neuorientierung der Regierungspolitik den Schwerpunkt auf menschliche Entwicklung und Umweltmanagement legte. Außerdem unterstützte die Kommission kleinere Interventionen in Zusammenarbeit mit NRO in Bereichen wie Fürsorgewesen, Kinderarbeit, Schaffung von Einkommensmöglichkeiten, Senkung der Drogennachfrage sowie Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Beim vorherigen LSP lag der Schwerpunkt der EU-Kooperation mit Pakistan auf der **menschlichen Entwicklung**, insbesondere auf grundlegenden Bildungsprogrammen auf Provinzebene. Um Pakistans Leistungsfähigkeit in WTO-bezogenen Fragen zu erhöhen, lief 2004 ein Programm über technische Hilfe für den Handel an, damit die Verfahren und Prozesse zur Erleichterung des Handels unter Einhaltung der EU-Normen und -Standards verbessert werden können.

Für den Zeitraum 2002-2006 wurden ursprünglich 75 Mio. EUR für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zugewiesen. Nach den Ereignissen von 2001 wurden in Anerkennung der besonderen Rolle Pakistans als Partner im Kampf gegen den Terrorismus zusätzliche EU-Hilfen für Pakistan bereitgestellt. Für die Wirtschaft erhielt Pakistan eine Budgethilfe in Höhe von 50 Mio. EUR zur Unterstützung von Kleinstkrediten für KMU. Dieser Zuschuss wurde später durch eine Sonderzahlung in Höhe von 20 Mio. EUR für Bildung in der Nordwestprovinz im Rahmen des nationalen Richtprogramms 2006 aufgestockt. Nach dem Erdbeben im Oktober 2005 leistete die Kommission 98 Mio. EUR für Soforthilfe und Wiederaufbau. Umfangreiche

Unterstützung wurde auch im Rahmen anderer themenbezogener Haushaltslinien etwa für afghanische Flüchtlinge in Pakistan geleistet.

Im Rahmen ihrer Politik der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des **Umweltschutzes** hat die EG im letzten Jahrzehnt insgesamt 32 Mio. EUR für Umweltsanierung, Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen, Schutz und Bewahrung der Artenvielfalt sowie Bildung und Kapazitätsaufbau durch nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen unter Einbeziehung der lokalen Gemeinschaften bereitgestellt. Hauptzielgebiete waren Hochlandgebiete in Punjab und in der Nordwestprovinz (NWFP); die Hilfe kam über 2 Millionen Menschen zugute.

4.2 Koordinierung und Abstimmung der Geber

Die Weltbank und die Asian Development Bank (ADB) sind die bei weitem größten Geber von rückzahlbarer Entwicklungshilfe für Pakistan. Beide haben jährliche Finanzierungsziele von über 1 Mrd. EUR für die nächsten Jahre. Nach den USA, dem Vereinigten Königreich und Japan zählt die **Europäische Kommission zu den wichtigsten Gebern von nicht rückzahlbaren Zuschüssen**. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Akteuren ist von entscheidender Bedeutung, da gemeinsame Programme die strategische Hebelwirkung der EG-Investitionen erheblich verstärken können.

Die Einrichtung eines **von der Regierung geleiteten Koordinierungsmechanismus zur Überprüfung der Umsetzung des Strategiepapiers zur Verringerung der Armut (PRSP)** blieb weitgehend unwirksam. Die formale und informelle Koordinierung der Geber verbesserte sich zwar, der politische Dialog mit der Regierung muss jedoch noch kohärenter werden und regelmäßiger stattfinden. Der Dialog zwischen den wichtigsten internationalen Finanzinstitutionen und anderen Gebern muss ebenfalls ausgebaut werden.

Die **EU-Mitgliedstaaten** halten regelmäßig Koordinierungstreffen in Pakistan ab. Von den derzeit 16 in Pakistan vertretenen Mitgliedstaaten unterhalten jedoch nur einige wenige – insbesondere das Vereinigte Königreich, Deutschland und die Niederlande – ein umfangreiches Programm für Entwicklungszusammenarbeit. Andere leisten Beiträge zu begrenzteren Vorhaben.

Das nationale Bildungsministerium hat derzeit den stellvertretenden Vorsitz in der **Geberkoordinierungsgruppe für den Bildungsbereich**, die zum Motor für ein besseres Verständnis bereichsspezifischer Ansätze geworden ist. Alle Provinzen bemühen sich darum, Bereichspläne aufzustellen – unter anderem als künftiges Instrument für die Geberkoordination. Schon recht gut entwickelt ist die Bereichskoordination in der Provinz Sindh, wo aus der Kerngruppe der Geber ein offizieller Lenkungsausschuss für den Bildungsbereich der Provinz Sindh gebildet wird, dessen Vorsitz der Bildungsminister übernimmt.

Die EG spielt auch in den **Gebergruppen** zu Umwelt und Forstwirtschaft, in der Arbeitsgruppe zu Gleichstellung und Entwicklung (Interagency Gender and Development Group – INGAD) und in Gruppen zu Menschenrechten, Handelspolitik, Kleinstkrediten und Finanzdienstleistungen und Verwaltung eine führende Rolle.

4.3 Kohärenz und Politikmix

Pakistans Beziehungen zur Europäischen Union werden in hohem Maße von seiner wichtigen Rolle als Partner im **Kampf gegen den Terrorismus** bestimmt. Pakistan liegt in einer Region, die für die EU und ihre Sicherheit von entscheidendem Interesse ist. Die zwingenden Gründe, die 2001 zur Einbindung Pakistans führten, haben auch heute noch Geltung und berühren zentrale strategische Interessen. Abgesehen vom Kampf gegen den Terrorismus und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und die damit verbundenen Lieferkanäle geht es auch darum, die Abrüstungsanstrengungen bei Kleinwaffen und leichten Waffen zu unterstützen, zur Beseitigung von explosiven Kriegshinterlassenschaften beizutragen, dem Afghanistanprojekt zum Erfolg zu verhelfen, die Versöhnung mit Indien voranzubringen, den Drogenhandel zu unterbinden und Menschenrechte, Demokratisierung und den Aufbau einer toleranten Gesellschaft zu unterstützen. Pakistan könnte eine wichtige und stabilisierende Rolle in der islamischen Welt spielen, eine Brücke zwischen den islamischen Ländern und dem Westen schlagen und zu Stabilität sowie zur Lösung von Konflikten in der Region beitragen.

Das wichtigste diesbezügliche Instrument der EG ist im Rahmen ihrer Entwicklungshilfeprogramme die **Verringerung der Armut** und die Förderung einer guten Regierungsführung, die beide wesentliche Bestandteile der EU-Strategie zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele sind. Durch den Ansatz, die Millenniumsentwicklungsziele über die Entwicklungshilfe umzusetzen, trägt die EG dazu bei, die Ursachen für Konflikte, Terror und Drogenmissbrauch an der Wurzel zu packen. Außerdem kann so die Zusammenarbeit mit der EG stärker auf die Not leidenden Provinzen konzentriert werden. Zu den Auswahlkriterien würden Armutsindikatoren ebenso gehören wie die Verpflichtung zu wirtschaftlichen und sozialen Reformen.

Was den Politikmix betrifft, verbindet die EG ihre Unterstützung zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele mit einer Unterstützung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Pakistans. Die EU/EG hat Pakistans führende Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus durch die **Erleichterung des Marktzugangs** gestärkt. Die Regierung ist bestrebt, die Armut zu verringern, indem sie durch makroökonomische Reformen geeignete Bedingungen schafft. Der Zugang pakistanischer Produkte zu den Märkten der EU ist wichtig für die Deviseneinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen und könnte daher wesentlich zur inneren Stabilität beitragen und zugleich der sozialen Deprivation entgegenwirken. Um pakistanischen Produkten den Marktzugang zu ebnen, ist die EG gewillt, Pakistan in den Kreis der Hauptbegünstigten der handelsbezogenen technischen Hilfe aufzunehmen. Durch die Kooperation sollen Verfahren und Prozesse optimiert werden, um die Handelsbeziehungen zu erleichtern und die Einhaltung von EU-Normen und Standards zu fördern. Dabei soll sowohl die wichtige Rolle des Textilsektors in den Handelsbeziehungen zur EU als auch die Notwendigkeit der Diversifizierung des Handels berücksichtigt werden. Darüber hinaus

begrüßt die EG das MTFD-Ziel, dem zufolge Pakistan die Chancen der Globalisierung nutzen soll, und unterstützt gleichzeitig das Ziel, die soziale Dimension der Globalisierung zu stärken und menschenwürdige Arbeit zu fördern.

Das **Kooperationsabkommen der dritten Generation** trat 2004 in Kraft; es bildet den Gesamtrahmen für die Zusammenarbeit zwischen der EG und Pakistan. Als das Europäische Parlament das Abkommen 2004 ratifizierte, empfahl es der Kommission, besonderen Nachdruck auf Fortschritte auf dem Gebiet der **Demokratisierung und Menschenrechte** zu legen. Das neue Kooperationsabkommen enthält eine Klausel, in der die Achtung der Menschenrechte und die Wahrung der Grundsätze der Demokratie als wesentliche Bestandteile des Abkommens genannt werden, so dass die Europäische Union und die Kommission ein eindeutiges Mandat haben, um den politischen Dialog und Projekte auf diesen Gebieten fortzuführen. Pakistan war einige Jahre lang Schwerpunktland im Rahmen der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte. Im Jahr 2002 beobachtete die EU die allgemeinen Wahlen durch die Entsendung einer **Wahlbeobachtungsmission (EOM)**. Die Wahlbeobachtungsmission sprach die Empfehlung aus, den Wahlprozess in Vorbereitung auf die 2007 stattfindenden nächsten Parlamentswahlen zu unterstützen.

Die EG kann die Aussöhnung zwischen Indien und Pakistan indirekt durch die Unterstützung des SAARC-Prozesses und die Förderung des regionalen Austausches im Rahmen von handelspolitischen Kooperationsprogrammen fördern.

Im September 2000 erhielt die Kommission vom Rat das Mandat, **mit Pakistan über ein Rücknahmeabkommen zu verhandeln**. Als der Entwurf für das Länderstrategiepapier verfasst wurde, waren die Verhandlungen noch im Gange. Um die pakistanischen Behörden in dieser Hinsicht zu unterstützen, könnte technische und sonstige Hilfe vonnöten sein. Diese kann im Rahmen des Programms AENEAS zur Verfügung gestellt werden. Ziel des Programms ist es, die Steuerung der Migrationsströme mit all ihren Aspekten zu unterstützen.

Der Rat (Allgemeine Angelegenheiten) unterstrich die Notwendigkeit für die EU, die Länder außerhalb der EU im Rahmen der vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolution 1373 im Kampf gegen den Terrorismus zu unterstützen und beschloss, dass in einer begrenzten Anzahl von Ländern Pilotprojekte auf den Weg gebracht werden sollten. Aufgrund der zentralen Rolle, die Pakistan bei der Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen den Terrorismus zukommt, wurde das Land als eines der Pilotländer ausgewählt, und die Kommission entsprach dem Ansinnen mit einem Projekt über technische Hilfe zur Bekämpfung der **Geldwäsche**. Außerdem trägt die Ausrichtung der EG-Entwicklungszusammenarbeit auf die Eindämmung der Armut dazu bei, den Terrorismus an den Wurzeln zu bekämpfen.

5. STRATEGIE DER EU (INTERVENTIONSSEKTOREN)

5.1 Bisherige Erfahrungen und Strategie

Aus den bis dato in der Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan gewonnenen Erfahrungen lassen sich einige Lehren für die weitere Strategie der EG ableiten. Diese Analyse basiert auf einer Reihe von einschlägigen Bewertungen, einer Strategieüberprüfungs- und Programmierungsmission und Berichten über die Umweltsanierung in der Nordwestprovinz und in Punjab (“Environmental Rehabilitation in North West Frontier Province and Punjab”), dem Projekt zur Entwicklung des Palas-Tals (“Palas Rural Development Project”), dem Programm für soziale Entwicklung in ländlichen Gebieten (“Rural Social Development Programme”), dem sozialen Aktionsprogramm (“Social Action Programme”) und der Bewertung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Partnerländern.

Für im Rahmen des LSP 2002 bis 2006 durchgeführte Projekte wurden 59 Mio. € für Bildung, 50 Mio. € für Reformen des Finanzsektors, 6 Mio. € für die Entwicklung des Handels, 5 Mio. € für die Bekämpfung der Kinderarbeit und 5 Mio. € für sonstige Aktivitäten (Bekämpfung von Terrorismus und Drogen, Demokratisierung) aufgewendet. Eine Strategieüberprüfungs- und Programmierungsmission kam zu dem Ergebnis, dass diese Interventionen in vollem Einklang mit den im Strategiepapier der Regierung zur Verringerung der Armut ausgeführten Zielen stehen. Die Überprüfungsmission machte deutlich, dass bestehende Kapazitätsengpässe auf den verschiedenen Verwaltungsebenen abgebaut werden müssen.

Die über die themenbezogenen Haushaltlinien und regionalen Programme abgedeckten Aktivitäten umfassten Hilfen für NRO, humanitäre Hilfe, Flüchtlinge, Gesundheit, Menschenrechte und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es wurden Anstrengungen unternommen, um die Synergien zwischen diesen Aktivitäten und der übergreifenden Strategie zu verstärken.

Die EG leistete in den letzten Jahren einen wesentlichen Beitrag zu zwei wichtigen ländlichen Umweltsanierungsprojekten. Die Projekte wurden als erfolgreich in Bezug auf die erzielten Ergebnisse bewertet; in einem landesspezifischen Umweltprofil wurde jedoch die Frage der Nachhaltigkeit aufgeworfen. Bei künftigen Hilfen an die Kommunen für den Erhalt ihrer natürlichen Ressourcen müssen im Projektentwurf marktbezogene Mechanismen berücksichtigt werden, und im Idealfall wird eine Verbindung zu sozialen Entwicklungszielen, z. B. alternative Erwerbsmöglichkeiten auf dem Land und Landreform, hergestellt.

Folgende Schlussfolgerungen können gezogen werden:

- Eine Schlüsselerfahrung aus dem Sozialen Aktionsprogramm (einem von mehreren Gebern finanzierten nationalen Programm für Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung, das von 1992 bis 2002 unter Beteiligung der EG durchgeführt wurde) ist, dass Reformprogramme **ein hohes Maß an politischem Engagement** seitens der Regierung für die grundlegende sachpolitische und institutionelle

Reform erfordern. Die enttäuschenden Ergebnisse machen deutlich, dass Reformen des sozialen Sektors nicht vorangebracht werden können, wenn nicht gleichzeitig die mangelhafte Verwaltung und insbesondere das unzulängliche Finanzmanagement und Beschaffungswesen verbessert werden.

- ⇒ Programme zur Unterstützung einzelner Sektoren müssen **besonderen Nachdruck auf die Verwaltung**, die öffentlichen Finanzen und systematische Veränderungen legen. Wann immer möglich, sollte in Koordination mit den internationalen Finanzinstitutionen eine Verbindung zu **nationalen und regionalen Reformprogrammen** hergestellt werden.
- Durch den **Dezentralisierungsprozess** hat sich der Rahmen für die Zusammenarbeit geändert: Die Hilfsprogramme müssen in erster Linie auf Distrikt- oder Provinzebene angesiedelt sein. Es herrscht jedoch große **Unklarheit über die Mandate und Zuständigkeiten** der jeweiligen Verwaltungsebene (Bundes-, Provinz- bzw. Distriktebene).
 - ⇒ Der Dialog über soziale Fragen kann auf Provinzebene geführt werden, **die Durchführung muss jedoch auf der Distriktebene unterstützt werden**. Rolle und Zuständigkeiten aller Akteure müssen unbedingt klar festgelegt werden. Dezentralisierung erfordert auch eine **Umstrukturierung des öffentlichen Dienstes**, damit die verschiedenen Ebenen ihre Aufgaben erfüllen können. Dem müssen die Gemeinschaftsprogramme Rechnung tragen.
- **Für die Operationen der EG existieren einschlägige Strategien** in Bezug auf die meisten armutsrelevanten Sektoren, **die jedoch häufig nur unzureichend umgesetzt werden**.
 - ⇒ Die EG muss den **politischen Dialog** ausbauen, um für ein nachhaltiges politisches Engagement in Bezug auf vereinbarte politische Maßnahmen zu sorgen. Budgethilfe muss mit speziellen Leistungsindikatoren und einer höheren finanziellen Verpflichtung der Regierung in Bezug auf Ausgaben verbunden werden, die der Verringerung der Armut dienen.
- Höhere Mittelzuweisungen für soziale Sektoren und Entwicklungsprogramme allein reichen nicht aus, um die Armut zu bekämpfen. **Häufig fehlt die institutionelle Kapazität, um Finanzmittel in Anspruch zu nehmen und möglichst effizient zu nutzen**. Gebundene Mittel werden oft nicht genutzt, oder aber sie werden ausgegeben, ohne dass eine Wirkung in Bezug auf die Verringerung der Armut zu erkennen ist. Es kommt zu Verzögerungen beim Transfer und bei der Auszahlung von Mitteln; gelegentlich werden Entscheidungen über Ausgaben von Entwicklungshilfe auch ad hoc getroffen und sind politisch motiviert.
 - ⇒ Wenn Mittel für Bildung oder andere Sektoren bereitgestellt werden, wird die EG das Ziel verfolgen, die **Absorptionsfähigkeit der**

Verwaltungssysteme zu verbessern. Notwendige strukturelle Veränderungen sollten über die Planungen und Haushaltssysteme der Regierung angegangen werden. Vor der Gewährung von Budgethilfe muss die Fähigkeit der Institutionen, den Bedarf **zu planen und Mittel effizient einzusetzen**, verbessert werden.

- **Partnerschaftsprojekte mit NRO** (wie die Kooperation mit der Aga-Khan-Stiftung in den nördlichen Gebieten und auf dem Gebiet der Bildung) erzielen häufig eine direkte positive Wirkung bei der Zielbevölkerung. Durch die Beteiligung der Zivilgesellschaft können gesellschaftliche Veränderungen wirksam unterstützt und Schwächen der lokalen Regierungen ausgeglichen werden. Es müssen jedoch noch weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit solcher Ansätze unternommen werden.
 - ⇒ Die Arbeit über **NRO/Zivilgesellschaft/nichtstaatliche Akteure kann sektorbezogene Programme und Budgethilfe** wo immer möglich sinnvoll ergänzen. Sie können eine nützliche Rolle als Vermittler öffentlich-privater Partnerschaften spielen, bei denen Nachhaltigkeit und effiziente Leitung mit Flexibilität, Effizienz und der guten Ortskenntnis der NRO verbunden werden.
- Die **Frauen** spielen eine entscheidende **Rolle** im sozialen Entwicklungsprozess, sowohl als Akteure des Wandels auf Entscheidungsebene, als auch innerhalb der Familie und in der Gemeinschaft.
 - ⇒ Die **Gleichstellung** von Mann und Frau muss vorangebracht werden, um sicherzustellen, dass den besonderen Bedürfnissen der Frauen in allen EG-Programmen Rechnung getragen wird. Darüber hinaus sollten die **Rechte der Frauen** als eine der dringlichsten Menschenrechtsfragen Pakistans gezielt durch nicht schwerpunktbezogene Maßnahmen gestärkt werden.

5.2 **Schwerpunkte**

Die EG reagierte auf das **Erdbeben vom 8. Oktober 2005** mit der Bereitstellung humanitärer Hilfe in Höhe von 48 Mio. € und der Verabschiedung eines Soforthilfe- und Wiederaufbauprogramms für Pakistan („Earthquake Early Recovery and Reconstruction Support to Pakistan“), das den Wiederaufbau von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen in den betroffenen Gebieten, ein Sofortprogramm für die Bildung und gemeindebasierte Programme für den Aufbau neuer Existenzgrundlagen umfasst. Dieses Programm ist kein Bestandteil dieses LSP/MRP, es werden aber besondere Anstrengungen unternommen, um eine Koordination mit anderen Aktivitäten zu ermöglichen. Das Programm hat eine Laufzeit von fünf Jahren ab 2006; aus diesem Grund hat die EG in diesem Strategiepapier keine zusätzlichen Mittel für langfristigen Wiederaufbau und Rehabilitation vorgesehen. Die Kommission wird jedoch während der Wiederaufbauphase den entstehenden Bedarf an humanitärer Hilfe genau verfolgen und könnte bei begründetem Bedarf weitere Hilfe für die vom Erdbeben betroffene

Bevölkerung in Betracht ziehen. Wichtig ist der effektive Übergang von Sofortmaßnahmen zum Wiederaufbau.

Die **übergeordneten Ziele** der Maßnahmen der europäischen Kommission in Pakistan sind die **Verringerung der Armut** und die Unterstützung Pakistans auf seinem Weg zu einem nachhaltigen Wachstum. Gelingen wird dies nur, wenn sich dieses Wachstum auf politisch stabile Verhältnisse, sozialen Zusammenhalt, die Schaffung produktiver menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse, menschliche und soziale Entwicklung, Rechtssicherheit und Diversifizierung der wirtschaftlichen Tätigkeit stützt. Die EG-Programme in Pakistan werden so konzipiert, dass sie zu diesen Zielen beitragen, und zwar in Übereinstimmung mit den von der pakistanischen Regierung in ihrem fünfjährigen mittelfristigen Entwicklungsrahmen und ihrem Strategiepapier zur Verringerung der Armut festgelegten Zielen.

Bei den vorgeschlagenen Gemeinschaftsmaßnahmen werden die Ergebnisse der Umweltbewertung des Landes (siehe Anhang 5) berücksichtigt, in der empfohlen wird, Maßnahmen vorrangig auf den Zusammenhang von sozialen und wirtschaftlichen Faktoren und die damit verbundenen Umweltauswirkungen auszurichten und gleichzeitig zum übergreifenden Ziel der Armutsverringerung beizutragen.

Der langjährige Konflikt im benachbarten Afghanistan hat weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den weniger entwickelten und unsichereren westlichen Provinzen. Diese Provinzen müssen schnellere Fortschritte in Richtung auf die Millenniumsentwicklungsziele machen, um den **Zusammenhalt und die Stabilität des ganzen Landes** sicherzustellen und zu verhindern, dass Konflikte in diesen sicherheitskritischen Gebieten an der Grenze zu Afghanistan entstehen. Solche Anstrengungen würden das beträchtliche Engagement der Gemeinschaft im benachbarten Afghanistan ergänzen. Mit dem ersten Schwerpunktbereich der Gemeinschaftsstrategie soll daher die **Entwicklung der ländlichen Gebiete und die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in der Nordwestprovinz und in Belutschistan** unterstützt werden, wobei besonderes Augenmerk auf den Zerstörungsgrad der Umwelt und die abnehmenden Wasserressourcen gelegt wird, mit dem Ziel, die Existenzbedingungen zu verbessern, Einkommen zu erzeugen und Arbeitsmöglichkeiten in den ländlichen Gemeinden und in den von vielen Flüchtlingen bevölkerten Gebieten zu schaffen. Dieses Szenario ist ein wichtiger Grund für die Gemeinschaft, sich an der Zusammenarbeit zu beteiligen. Zu den spezifischen Zielen gehören eine verbesserte Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, die Entwicklung und Sanierung der lokalen Infrastruktur, die Beteiligung von Frauen an Entwicklungsmaßnahmen und eine Verbesserung der Existenzgrundlagen und Einkommen.

Bildung und die Entwicklung der Humanressourcen spielen eine entscheidende Rolle in den langfristigen Plänen der Regierung. Die Gemeinschaft scheint gut aufgestellt, um auf der Grundlage ihrer großen Erfahrung die Entwicklungshilfe weiter auf diesen Bereich zu konzentrieren. Er bildet den zweiten Schwerpunktbereich für die Zusammenarbeit der EG mit Pakistan im Referenzzeitraum. Das übergreifende Ziel ist der verbesserte Zugang zur grundlegenden Bildung und die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität und der Entwicklung der

Humanressourcen, mit dem Ziel, Pakistan den Übergang zu einer wissensgestützten wachstumsorientierten Wirtschaft zu ebnen.

Die EG wird möglichst durch Budgethilfe zur Verringerung der Armut und zur Entwicklung der Humanressourcen in den beiden oben beschriebenen Schwerpunktbereichen beitragen. In diesem Zusammenhang wird die EG ihre Aktivitäten mit denen anderer Geber, einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen (IFI), sowohl auf politischer als auch auf praktischer Ebene eng koordinieren und verbinden.

Die Ergebnisindikatoren umfassen das durchschnittliche Einkommen, den Zugang zu sozialen Dienstleistungen, darin eingeschlossen Schulbesuchsquoten nach Geschlecht und Prävalenz von HIV/AIDS, Qualifizierung und Unternehmensentwicklung, bewussterer Umgang mit den Ressourcen Wasser und Wald und Verringerung der Umweltbelastung.

Die Entwicklung des Handels im Hinblick auf die Förderung der Eingliederung Pakistans in die Weltwirtschaft gehört zusammen mit den Menschenrechten und der Demokratisierung zu den Nichtschwerpunktbereichen der Gemeinschaftshilfe.

Die EG wird ihre Zusammenarbeit mit entwicklungsorientierten NRO und Organisationen der Zivilgesellschaft einschließlich der Sozialpartner weiter ausbauen, wenn dies dazu beiträgt, die im vorliegenden Länderstrategiepapier dargelegten Ziele zu erreichen.

5.2.1 Schwerpunktbereich 1: Ländliche Entwicklung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in der Nordwestprovinz und in Belutschistan

Das Strategiepapier zur Verringerung der Armut (PRSP) zielt vor allem darauf ab, schwachen und rückständigen Regionen durch die Verringerung bestehender Disparitäten den Anschluss an die allgemeine Entwicklung zu ermöglichen. Die Nordwestprovinz und Belutschistan sind, was die Armutinzidenz und die Indikatoren für menschliche Entwicklung angeht, die beiden am stärksten benachteiligten Provinzen Pakistans. Die Sicherstellung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zwischen diesen Provinzen und den weiter entwickelten Nachbarnprovinzen Sindh und Punjab würde entscheidend zur langfristigen Stabilisierung Pakistans beitragen. Dies hätte auch wichtige grenzübergreifende Auswirkungen auf Afghanistan, insbesondere durch die Erhöhung der Sicherheit an den Grenzen und die Unterstützung der Regierung bei der Entwicklung mittel- und langfristiger Strategien zur Lösung der afghanischen Flüchtlingsfrage.

Die Regionalentwicklungspolitik bietet einen Rahmen für die Zusammenarbeit der EG mit den beiden Provinzen. Das in der Nordwestprovinz durchgeführte Provinzreformprogramm legt den Schwerpunkt auf die Bereitstellung von Dienstleistungen, gute Regierungsführung und zuverlässiges Finanzmanagement. Die von der Bundesebene verwalteten Stammesgebiete (Federally Administered Tribal Areas-

FATA), die formal zur Nordwestprovinz gehören, aber gesondert durch das FATA-Sekretariat verwaltet werden, sollen Anschluss an die allgemeine Entwicklung erhalten. Bei den Regionalreformen in Belutschistan stehen gute Regierungsführung, menschliche und soziale Entwicklung und die Wasserversorgung im Mittelpunkt. Die Provinzregierung hat eine Strategie zum sparsamen Umgang mit der Ressource entwickelt. In beiden Provinzen kommt es vor allem darauf an, durch ein besseres Umweltmanagement eine nachhaltige Verringerung der Armut zu erreichen.

Die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen wurde in Pakistans Grenzregionen bisher wegen des langjährigen Konflikts in der Region und den massiven Flüchtlingsströmen aus dem benachbarten Afghanistan vernachlässigt. Die Verfügbarkeit von Wasser ist ein wichtiger Faktor. Verbesserungen sollen hier durch einen ganzheitlichen Ansatz für die Entwicklung der ländlichen Gebiete erzielt werden, wobei das Hauptaugenmerk auf einer Verbesserung der Lebensunterhaltssicherung, einer Modernisierung der ländlichen Infrastruktur und dem verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen liegt. Ein weiteres Ziel ist die Eindämmung illegaler Aktivitäten, insbesondere der Drogenherstellung und des Handels mit Drogen sowie der Verbreitung von illegalen Kleinwaffen und leichten Waffen, in einem größeren regionalen Kontext.

Die Maßnahmen werden dem Dezentralisierungsprozess Rechnung tragen, in dessen Rahmen Entscheidungs- und Durchführungsbefugnisse auf die lokalen Verwaltungen übertragen werden (bislang wurden die Stammesgebiete noch nicht in den Dezentralisierungsprozess eingebunden). Die wichtigsten Partner sind bei diesem Ansatz die lokalen Verwaltungen; doch aufgrund mangelnder personeller Ausstattung und nicht vollständig übertragener Befugnisse gibt es Bedenken hinsichtlich der Durchführungskapazitäten der Distrikte. Daher könnte es erforderlich sein, mit den Provinz- und Lokalbehörden praktikable Vereinbarungen zu treffen, um einen Teil der Entwicklungsaufgaben an Organisationen der Zivilgesellschaft unterzuvergeben.

Im Rahmen dieses Schwerpunkts könnte die Kommission eine wichtige Rolle in Bezug auf die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen übernehmen, etwa in den Bereichen Wassermanagement und -verteilung, Energie, Waldbewirtschaftung, Landreform und Regierungsführung. **Gerechtigkeit und Steuerung bei der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen sollten durch einen Bottom-up-Ansatz, bei dem Organisationen der Zivilgesellschaft mit einbezogen werden, sichergestellt werden.** Ein solches Vorgehen stützt sich auf frühere Erfahrungen der EG auf diesem Gebiet.

Die Umsetzung der EG-Länderstrategie wird eng mit den Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft koordiniert, um eine umfassende Lösung für die afghanischen Flüchtlinge zu unterstützen. Da die humanitäre Hilfe und die von ECHO unterstützten Maßnahmen schrittweise auslaufen, muss ein reibungsloser Übergang von den kurzfristigen Abhilfemaßnahmen, die über zwei Jahrzehnte für afghanische Flüchtlinge bereitgestellt wurden, hin zu einem gebietsspezifischen Entwicklungsansatz zugunsten der vom Flüchtlingsstrom betroffenen Grenzgebiete in Pakistan sichergestellt werden, durch den die Entwicklung der Lebensunterhaltssicherung in den betroffenen Gemeinden unterstützt wird. Bei der Festlegung, auf welches geographische Gebiet sich die Maßnahmen der Gemeinschaft konzentrieren werden, wird daher berücksichtigt,

welche Gebiete am härtesten durch die dort lebenden afghanischen Flüchtlinge betroffen sind.

5.2.2 **Schwerpunktbereich 2: Bildung und Entwicklung der Humanressourcen**

Die weitere Hilfe im Bildungsbereich kann auf die Erfahrungen der bereits in der Zusammenarbeit zwischen der EG und Pakistan bestehenden Schwerpunktbereiche aufbauen. Die Stärkung der **Bildung** ist ein entscheidender Faktor beim mittel- bis langfristigen Aufbau eines gemäßigten, stabilen und demokratischen Pakistan. Qualifizierte Arbeitskräfte sind ausschlaggebend für eine Verbesserung von Pakistans Wachstumspotenzial. Mit der Geberhilfe können für die pakistanische Regierung Anreize gegeben werden, die Ausgabenprioritäten im Bildungs- und Sozialbereich neu abzustimmen.

Die EG wird den **Dialog auf Bundes- und Provinzebene fortsetzen, um politische Unterstützung für zusätzliche Mittel für menschliche Entwicklung und eine Verbesserung der sektorbezogenen Planung** zu mobilisieren. Wichtige Ziele sind dabei die Verbesserung der Bildungsindikatoren im Hinblick auf die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele, der Ausbau des staatlichen Bildungssystems, die Ermutigung der Regierung, die Reform der Koranschulen (Medresen) fortzusetzen, die Verbesserung der Arbeitskräfteproduktivität und der Aufbau von Kapazitäten der Zivilgesellschaft. Dies schließt die Unterstützung einer besseren Verwaltung auf Distrikt- und Provinzebene, beispielsweise bei den Haushaltsprozessen, ein. **Partnerschaften mit anderen Gebern**, etwa den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) werden ausgebaut. Die Ergebnisse der Überprüfung der nationalen Bildungspolitik werden zur weiteren Feinabstimmung der vorgeschlagenen Interventionsstrategie im Bildungssektor beitragen. In der Provinz Sindh und in der Nordwestprovinz arbeitet die EG an einem Sektorkonzept unter Beteiligung mehrerer Geber, das für andere Provinzen als Modell dienen könnte. Eine solche gemeinsame Maßnahme wird dazu beitragen, **institutionelle Kapazitäten auf Provinz- und Distriktebene aufzubauen** und Bedenken in Bezug auf die Effizienz der Ausgaben im Bildungssektor und die Absorptionsfähigkeit auszuräumen. Letztlich dienen alle Anstrengungen dem Ziel, qualifizierte Dienstleistungen im Bildungswesen zu erbringen, die Lernniveaus anzuheben, die Leistungsfähigkeit der Lehrer zu verbessern und den Zugang zu qualitativ besseren Schulen insbesondere für Mädchen und sozial benachteiligte Gruppen zu verbessern.

Der Schwerpunkt sollte zwar auf der grundlegenden Bildung liegen, die EG wird sich aber in Übereinstimmung mit den von der Regierung festgelegten Prioritäten auch mit anderen Bildungsbereichen befassen. Häufig ist zu hören, dass zu wenig für die mittlere, die höhere und die berufliche Bildung getan werde, insbesondere im Hinblick auf die Vermittlung besserer Qualifikationen für Arbeitsmarkteinsteiger und den im PRSP und MTDF festgestellten Bedarf der pakistanischen Unternehmen an qualifizierten Arbeitskräften. Die Vermittlung einer qualitativ besseren höheren Bildung ist ein weiterer Bereich, den Pakistan verbessern will und zu dem die EG beitragen kann.

Das Hauptziel hierbei besteht darin, die internationale Zusammenarbeit zwischen Universitäten auszubauen, indem der Austausch von Know-how und bewährten Verfahren bei der Mobilität der Studierenden und des akademischen Personals erleichtert wird. Die Europäische Union wird zur Finanzierung eines Mobilitätsprogramms zwischen europäischen Universitäten, die der Erasmus-Charta beigetreten sind, und Universitäten in Drittländern beitragen. Dies ergänzt bereits laufende Programme im Bereich der Hochschulbildung. Bei den verschiedenen Mobilitätsarten, die finanziert werden sollen, handelt es sich um Master-, Doktorats- und Postdoktoratsprogramme für Studierende, ferner betrifft es den Austausch im Bereich der Lehre, der praktischen Ausbildung und der Forschung für akademisches Personal. Maßnahmen für die Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung werden im Rahmen der Regionalprogramme für Asien finanziert.

Menschenrechtsbildung, menschenwürdige Arbeitsverhältnisse und Kernarbeitsnormen sowie Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Familiengesundheit und -fürsorge sowie die Bekämpfung von HIV/AIDS werden als Querschnittsthemen unterstützt.

Die EG hat in Pakistan in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft, wie etwa mit der Aga-Khan-Stiftung (AKF) im Bildungsbereich, einschlägige Erfahrungen. Um dieses Konzept zu konsolidieren, wird der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit in öffentlich-privaten Partnerschaften gelegt, sofern sie zweckdienlich erscheinen. Auf nationaler Ebene könnten angewandte Bildungsforschung und Politikanalyse weiter ausgebaut werden und die Zusammenarbeit auf Provinz- und Distriktebene sinnvoll ergänzen.

Um die Vorbereitung und Reaktionsfähigkeit auf Naturkatastrophen zu verbessern, wird der Schwerpunkt der im Rahmen des Vorsorgeprogramms DIPECHO durchgeführten Maßnahmen auf den Kapazitätsaufbau der lokalen Gemeinschaften und Behörden gelegt.

5.3 Maßnahmen in Nichtschwerpunktbereichen

5.3.1 Entwicklung des Handels und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Pakistans Außenhandel ist sowohl in Bezug auf Produkte als auch auf die Märkte wenig diversifiziert, und der internationale Wettbewerb wird immer härter. Die EU ist als Pakistans größter Handelspartner bereit, Pakistans Bemühungen um neue Handels- und Geschäftsmöglichkeiten und eine größere Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen und dazu die **handelspezifische technische Hilfe** auf der Grundlage der im Rahmen des ersten großen 2004 gestarteten einschlägigen Kooperationsprogramms gesammelten Erfahrungen sowie einer 2005 durchgeführten Bedarfsschätzung für den Handel, die einen umfassenden Überblick über die wichtigsten Einschränkungen und Potenziale bietet, fortzusetzen und auszubauen. Dabei sollte der sozialen Dimension der Globalisierung Rechnung getragen werden.

Der Schwerpunkt sollte auf die Unterstützung (i) der Entwicklung und Umsetzung der mittelfristigen Handelsstrategie der pakistanischen Regierung in Übereinstimmung mit

dem PRSP und dem MTFD, (ii) der Doha-Entwicklungsagenda einschließlich der politischen und sektorbezogenen Aktivitäten und (iii) der regionalen und bilateralen Handelskooperation gelegt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist der Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in der Region, der zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Pakistan und Indien beitragen könnte. Pakistans Rolle in regionalen Initiativen, beispielsweise bei der Umsetzung des südasiatischen Freihandelsabkommens (SAFTA), wird soweit wie möglich unterstützt. Sie könnte durch die direkte Zusammenarbeit mit regionalen Stellen wie dem Südasiatischen Verband für regionale Zusammenarbeit (SAARC) zusätzlich gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit mit der EG auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft erfolgt auf der Grundlage einer Bedarfsbewertung. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auf:

- weitergehende **handelsbezogene technische Hilfe** bei der Umsetzung der Doha-Entwicklungsagenda und Diversifizierung des Handels durch technische Zusammenarbeit, Kapazitätenaufbau, Vernetzung und Informationsaustausch. Mögliche Themen sind geistiges Eigentumsrecht, Handelserleichterungen, Normen für die Lebensmittelsicherheit, insbesondere gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sowie nicht-tarifäre Handelshemmnisse.
- **Zusammenarbeit auf Unternehmensebene** zwischen der EU und Pakistan mit Schwerpunkt auf den Bereichen Handel, Investitionsmöglichkeiten und soziale Verantwortung der Unternehmen sowie Querschnittsthemen wie Gleichstellung und Umweltschutz. Außerdem besteht ein großer Diversifizierungsbedarf des Handels durch technische Zusammenarbeit, Vernetzung und Informationsaustausch. Die Rolle der KMU im Außenhandel könnte gestärkt werden.

Die Gemeinschaftshilfe richtet sich an **Akteure des öffentlichen Sektors und des privaten Sektors**. Die Zusammenarbeit mit anderen Gebern und regionalen Stellen soll fortgesetzt werden.

5.3.2 Demokratisierung und Menschenrechte

Entsprechend dem Gewicht, das die pakistanische Regierung der Justizreform beimisst, wird die EG weiterhin Initiativen zur Festigung der Demokratie und Verbesserung der Menschenrechtssituation in Pakistan unterstützen. Dies geschieht durch die Erleichterung des **Zugangs benachteiligter Gruppen**, insbesondere Frauen, Kinder und religiöse und/oder ethnische Minderheiten oder Stammesangehörige **zu Rechtsmitteln**, vor allem durch die Konsolidierung praktikabler Rechtshilfesysteme für gefährdete und benachteiligte Personen. Durch Beihilfen für Sensibilisierungsmaßnahmen, beispielsweise für die Rechte der Frauen und Kernarbeitsnormen, könnten diese Aktivitäten zusätzlich unterstützt werden.

Die EG wird ihre Erfahrungen im Bereich der Bekämpfung der Kinderarbeit nutzen, um den Schutz von Kindern umfassend auszubauen und sie auch vor Gewalt, Missbrauch,

Kinderhandel, Ausbeutung und Diskriminierung zu schützen. Besondere Bedeutung hat auch die Frage des Jugendstrafrechts. Ein anderes wichtiges Gebiet betrifft den rechtlich verankerten Minderheitenschutz.

Die EG wird mit nationalen Einrichtungen mit besonderem Mandat auf dem Gebiet des Schutzes und der Förderung der Menschenrechte und der menschlichen und sozialen Entwicklung zusammenarbeiten, um die pakistanische Regierung bei der Umsetzung ihrer Politiken und ihrer internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte, eine sozial verträgliche Globalisierung und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu unterstützen.

Die EG ist bereit, den demokratischen Prozess in Pakistan unter besonderer Berücksichtigung der politischen Parteien, der öffentlichen Rechenschaftspflicht und des Wahlprozesses weiterhin zu unterstützen und dabei den Empfehlungen der EU-Wahlbeobachter Rechnung zu tragen.

5.3.3 Unterstützung nichtstaatlicher Akteure und themenbezogener Haushaltslinien

Die EG würdigt den besonderen Beitrag der **NRO/nichtstaatlichen Akteure und Sozialpartner** zur sozioökonomischen Entwicklung insgesamt. Dem entsprechend ist die Einbindung der Zivilgesellschaft ein immer wichtigerer Schwerpunktbereich im Portfolio der Zusammenarbeit zwischen der EG und Pakistan. In einer Situation unzureichender und lückenhafter staatlicher sozialer Dienste sorgen die NRO in Pakistan in erheblichem Umfang für die Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste vor allem für die ärmsten und am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig kann nicht vorausgesetzt werden, dass alle NRO-Aktivitäten und insbesondere die sozialen Dienste sich selbst tragen. Die EG plant mittelfristig, die NRO/nicht staatlichen Akteure in Pakistan, die in enger Zusammenarbeit mit der pakistanischen Regierung in der Übergangsphase des Dezentralisierungsprozesses grundlegende soziale Dienste bereitstellen, weiterhin über die **themenbezogene Haushaltslinie „Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“** und die **regionalen bzw. asienweiten Programme**, finanziell zu unterstützen, um öffentlich-private Partnerschaften und Partnerschaften zwischen privaten Akteuren auf lokaler Ebene zu fördern. Ungefähr 20 % der derzeit für diese Gemeinschaftshilfe gebundenen Mittel fließen in diese Kanäle.

Als Reaktion auf die bislang unzureichenden Finanzmittel zur weltweiten Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten – und auf Ersuchen des Rates – beabsichtigt die Kommission ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von **HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose** durch Außenmaßnahmen (2007-2011)² aufzulegen. Dieses globale Programm ist unter den themenbezogenen Haushaltslinien mit den EG-Maßnahmen zu

² Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Europäisches Aktionsprogramm zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose durch Außenmaßnahmen (2007-2011), 27.4.2005, KOM (2005) 179 endgültig.

HIV/AIDS und Tuberkulose in Pakistan verbunden und könnte als Rahmen und Finanzierungsmöglichkeit für künftige EG-Maßnahmen in diesen Bereichen dienen.

Die Kontrolle des Bevölkerungswachstums ist ein Querschnittsthema, das für die Wirksamkeit der Strategie Pakistans zur Verringerung der Armut von entscheidender Bedeutung ist. **Programme zur Reproduktionsgesundheit** werden gegenwärtig auf Landesebene über verschiedene themenbezogene Haushaltslinien finanziert. Um ein stärker strategisch orientiertes und in sich schlüssiges Konzept sicherzustellen, könnte zusätzliche finanzielle Unterstützung für Reproduktionsgesundheit über ein strategisches Rahmenprogramm der Gemeinschaft bereitgestellt werden.

Im Kontext der EU-Migrationspolitiken und der Verhandlung über ein Rücknahmeabkommen ist die Kommission bereit, über die **themenbezogene Haushaltlinie Migration und Asyl** gezielte finanzielle Unterstützung auf diesem Gebiet zu gewähren.

Andere Themenbereiche, von denen Pakistan profitieren könnte, wären **Menschenrechte und Demokratie** (zusätzlich zu den unter 5.3.2. erwähnten Aktivitäten) und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bereich **Umwelt und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Energie**, um die wachsenden Herausforderungen auf diesem Gebiet zu bewältigen.

5.3.4 Verantwortungsvolle Staatsführung und Sicherheit

Im Rahmen des DCI in den Bereichen verantwortungsvolle Staatsführung, Demokratie, Menschenrechte und Unterstützung der institutionellen Reform, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit und Reformen auf den Gebieten Sicherheit und Justiz, wird die Gemeinschaft unter Berücksichtigung der einschlägigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates unterstützende Maßnahmen ergreifen, die in jeder Hinsicht mit den OECD-DAC Leitlinien in Einklang stehen werden.

Wenn nötig, insbesondere in Krisensituationen, könnte im Rahmen des neuen Stabilitätsinstruments (SI) Hilfe zur Verfügung gestellt werden, um Maßnahmen außerhalb der EG im Bereich Konfliktprävention und regionale Stabilität zu unterstützen.

5.4 Vorläufiger Zeitplan für die Durchführung

Im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit (DCI) ist für Pakistan für den Zeitraum 2007-2013 eine indikative Mittelzuweisung in Höhe von 398 Mio. EUR vorgesehen.

MRP I: 50 % der Gesamtzuweisung für Pakistan (circa 200 Mio. EUR).

MRP II: 50 % der Gesamtzuweisung für Pakistan (circa 198 Mio. EUR).

ANNEX 1: EU/EC CO-OPERATION OBJECTIVES

1. The EC Treaty Objectives for External Co-operation

The European Commission's development programme in Pakistan is grounded in the objectives set out in Art 177 of the Treaty of the European Union,³ which sets out the following broad objectives for development cooperation:

- The sustainable economic and social development of the developing countries, and more particularly the most disadvantaged among them.
- The smooth and gradual integration of the developing countries into the world economy.
- The campaign against poverty in the developing countries.

This is tied to the general objective of developing and consolidating democracy and the rule of law, and encouraging respect for human rights and fundamental freedoms. The Treaty also calls for coordination and consultation between the Community and the Member States on their aid programmes.

On the basis of Article 179 of the same Treaty, a new Development Cooperation Instrument (DCI) was adopted in December 2006. Pakistan is eligible to participate in cooperation programmes financed under the DCI [regulation (EC) N° 1905 of the European Parliament and the Council of 18 December 2006 establishing a financial instrument for development cooperation].

2. Objectives of the EU as laid down in other applicable documents

The Treaty objectives are reflected in the 2004 Cooperation Agreement (Council Decision of 29th April 2004, 2004/870/EC between the European Community and the Islamic Republic of Pakistan), which contains the following four objectives:

- To secure the conditions for and to promote the increase and development of two-way trade between the Parties in accordance with the Agreement establishing the World Trade Organisation (WTO);
- To support Pakistan's efforts for comprehensive and sustainable development, including economic and social development policies which take account of the poor and disadvantaged sections of its population, particularly women in these sections, as well as the sustainable management of natural resources;
- To promote investment and economic, technical and cultural links in their mutual interest;
- To build Pakistan's economic capability to interact more effectively with the Community.

The 2001 Communication *Europe and Asia* (Commission Communication COM(2001)469 "Europe and Asia: A Strategic Framework for enhanced partnerships")

³ <http://europa.eu.int/abc/obj/treaties/en/entoc05.htm>

further defines the framework the following 6 objectives: (i) contribute to peace and security in the region and globally, through a broadening of our engagement with the region; (ii) further strengthen our mutual trade and investment flows with the region; (iii) promote the development of the less prosperous countries of the region, addressing the root causes of poverty; (iv) contribute to the protection of human rights and to the spreading of democracy, good governance and the rule of law; (v) build global partnerships and alliances with Asian countries, in appropriate international fora, to help address both the challenges and the opportunities offered by globalisation and to strengthen our joint efforts on global environmental and security issues; (vi) and help strengthen the awareness of Europe in Asia (and vice versa).

3. Speeding up Progress towards the Millennium Development Goals

In its 12 April 2005 Communication on Speeding up progress towards the Millennium Development Goals,⁴ the Commission takes stock of the EU's contribution to development and identifies the necessary measures to accelerate achievement of the MDGs. The Commission's aims at (a) setting new intermediate targets for growth in official aid budget by 2010 for both EU and Member States, ultimately achieving the 0.7% target of gross national income (GNI) by 2015, (b) speeding up reforms to improve aid quality, (c) re-evaluating EU's influence on the conditions for development and (d) ensuring Africa's primacy as the beneficiary of these approaches with a re-renewed impetus of partnership between the two continents. The proposals on Development Financing and Policy Coherence are set out in detail in two other communications. Together these contribute to the three pillars of sustainable development (economic, social and environmental).

4. Financing for Development and Aid Effectiveness

In its 12 April 2005 Communication on Financing for Development and Aid Effectiveness,⁵ the Commission outlines means of achieving interim targets of increased ODA volumes by 2010 and move towards the UN target of 0.7% GNI by 2015. It suggests new aid modalities, innovative finance sources and includes proposals in addressing the remaining post-HIPC debt problem of low income countries. It suggests redefining EU commitment regarding GPG. The main challenge on co-ordination and harmonisation is the credible implementation of the EU framework and results of the High Level Forum on aid effectiveness and complementarity in aid delivery. Commitment on reforming the International Finance System must be strengthened.

5. EU Policy Coherence for Development

In its 12 April 2005 Communication on Policy Coherence for Development,⁶ the Commission has defined coherence commitments in the overall framework of the EU sustainable development strategy and identified the following priority areas with high potential of attaining synergies with development policy objectives: trade; environment;

⁴ COM 2005/0132 final

⁵ COM 2005/0133 final

⁶ COM2005/0134 final

security; agriculture and fisheries; social dimension of globalisation, employment and decent work; migration; research and innovation; information society; transport and energy. These commitments were endorsed by the Council (GAERC) on 24 May 2005. The Communication further calls on non-development policies to respect development policy objectives and on development cooperation to also contribute, where possible, to reaching the objectives of other EU policies.

6. The ‘European Consensus’ on EU Development Policy

In its meeting on 22 November 2005, the General Affairs and External Relations Council adopted the EU Development Policy Statement, also known as “the European Consensus”⁷, endorsed by the European Parliament on 15th December, substituting the development commitments of the Joint Declaration of the Council and European Commission from November 2000. The “European Consensus on Development” provides, for the first time, a common vision that guides the action of the EU, both at its Member States and Community levels, in development cooperation. The Statement identifies the eradication of poverty in the context of sustainable development, including pursuit of the MDGs, as the primary and overarching objective of EU development cooperation. The Statement also emphasises that EU partnership and dialogue with third countries will promote common values of respect for human rights, fundamental freedoms, peace, democracy, good governance, gender equality, the rule of law, solidarity and justice and the EU’s commitment to effective multilateralism.

The priorities from the ‘European Consensus’ are supported by a number of subject-specific communications, including the 2001 Communication on the Programme of Action for the mainstreaming of gender equality in Community development cooperation, the 2002 Communication ‘Trade and development: assisting developing countries to benefit from trade’, the 2003 Communication on Governance and Development and the Sixth Environmental Action Plan (Com (2001) 31, the Communication on “Fighting rural Poverty” (COM 2002, 429) and the EU Guidelines to support land policy design and reform processes in developing countries (COM (2004) 686).

7. The 2005 UN Summit conclusions on human and social development

The importance of strengthening the social dimension of globalisation and of promoting productive employment and decent work opportunities was highlighted in §47 of the UN Summit conclusions of September 2005 regarding human and social development. UN member states committed themselves in particular to “*strongly support fair globalisation and resolve to make the goals of full and productive employment and decent work for all, including for women and young people, a central objective of our national and international policies as well as our national development strategies, including poverty reduction strategies, as part of our efforts to achieve the MDGs.*”

⁷ Joint Statement on European Union Development Policy ‘the European Consensus’, Council of the European Union, 14820/05.

ANNEX 2: Country at a glance

The status of the country as to the likely achievement of the Millennium Development Goals at a glance

In October 2006, *United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific UNESCAP*, the *United Nations Development Programme UNDP* and the *Asian Development Bank ADP* have issued a report “Millennium Development Goals: Progress in Asia and the Pacific 2006”. This report is the latest update on the progress towards MDGs in Asia and the Pacific. It highlights the region's achievements and exposes issues on which much work remains to be done. The report looks in a more holistic way at overall country progress by assessing absolute MDG indicators in addition to MDG targets.

The report classifies the progress made by each country into 4 categories

- *Early achiever* — Has already met the target
- ▲ *On track* — Expected to hit the target by 2015
- *Off track – Slow* — Expected to hit the target, but after 2015
- ▼ *Off track – Regressing* — Slipping backwards, or stagnating

Goal	1	2	3	4	6	7
	\$1/day poverty	Underweight children	Primary enrollment	Reaching grade 5	Primary completion rate	
		Gender primary	Gender secondary	Gender tertiary	Under-5 mortality	Infant mortality
		HIV prevalence	TBC prevalence	TBC death rate	Forest cover	Protected area
		CO ₂ emissions	ODP/CFC consumption	Water urban	Water rural	Sanitation urban
						Sanitation rural
Pakistan	●	■	▲	▲	▼	▼

Land area 796096 sq Km (=)	Population 152.53 (2004)	Population density 191 per sq km	
Annual population change (% per year)			
Year 2004: +1.9%	Year 2001: + 2.6%	Year 2002: +2%	Year 2003: +1.94%

Economic Summary

Indicator	Year 2001-02	Year 2002-03	Year 2003-04	Year 2004-05	Year XZ
Real GDP growth (%)	3.1%	5.1%	6.4%	8.4%	
GDP US\$ millions (p.p.p.)	82.3	71.5			
GDP per capita (\$)	501	582	579	736	
Inflation % CPI Dili in rupiah	3.5%	3.1%	4.6%	9.3%	
Exports US\$ millions	\$9135 m	\$11160 m	\$12313 m	n.a.	
Imports US\$ millions	\$10340 m	\$12220 m	15592 m	n.a	
Fiscal deficit (% GDP)	4.3%	3.7%	2.3%	3.2%	

Selected Social Indicators

Indicator	Year 2000	Year 2001	Year 2002	Year 2003	Year 2004
Adult literacy rate over 15s %	47 %	49%	50.5%	51.6%	52%
Primary school enrolment %	73 %		73 %		
Secondary school enrolment %	23.9 %		22.5 %		
Life expectancy at birth	63	63	64	64	n.a
Underweight children <5 (%)	38% (1995-2002)				
<5 mortality rate (per 1,000 live births)	85	85	83	74	
Maternal mortality rate (per 100,000 live births)	500		350		
Children <2 fully immunised (%)		63 %	64 %	67 %	
Infants <1 fully immunised (%)				61 %	
Births supervised by trained personnel (%)		23 %			
Households with access to safe water (%)	90		90 %		

ANNEX 3: Overview past EC cooperation with Pakistan: 2000 -2006

Total EU grants to Pakistan: 2000 – 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Total
ALA Allocation	11,000,000	22,900,000	65,000,000	15,000,000	15,000,000	15,000,000	35,000,000	178,000,000
Thematic line-NGO	897,133	2,344,890	2,603,335	4,245,483	901,668	-	-	10,992,509
Thematic line-HR	-	971,737	2,380,000	500,000	447,100	745,000	-	5,043,837
Thematic line-Health	-	-	-	3,669,180	11,821,352	-	-	15,490,532
Food Security	1,800,000	-	-	-	-	-	-	1,800,000
Exceptional Humanitarian Aid	4,775,000	1,415,000	6,940,000	8,060,000	4,420,000	50,776,000	-	76,386,000
Exceptional Financial Assistance (Earhquake reconstruction)	-	-	-	-	-	50,000,000	-	50,000,000
SPF	-	-	-	-	-	425,758	-	425,758
Total	18,472,133	27,631,627	76,923,335	31,474,663	32,590,120	116,946,758	35,000,000	338,138,638

ANNEX 4: Donor Matrix For Pakistan

<i>Donor</i>	<i>Objectives and strategy</i>	<i>Sectors</i>	<i>Complementarity with EC</i>	<i>Period</i>	<i>Financial resources (in Euros)</i>
EU member states)					
UK	Support poverty reduction through (i) increased incomes for the poor; (ii) improved delivery of education, health and population services; (iii) greater accountability of state to its citizens	financial services; education; health; citizens rights; public sector	Devolution and service delivery (education) in NWFP	2005-2007/08	332.65 million
Germany	Address widespread poverty, in particular in rural areas in the northern part of Pakistan, and by focusing on the social situation of women and children	basic education; basic health; renewable energy; democracy/civil society; statistics	Education and natural resource management	2004	39.556 million
Netherlands		Environment, democratisation, education	Education and environment		
Multilateral donors and UN					
WB	Support poverty reduction by addressing (i) government effectiveness; (ii) business climate; (iii) pro-poor growth	financial services and trade; governance; transport, energy; rural development; education; health; women rights	Northern Areas Education; Provincial Reform Programmes, PRSC; TRTA	2003-2005	1.08 billion (equivalent to 463 million a year for high case scenario for FY03-05)
ADB	Support poverty reduction through (i) infrastructure projects; (ii) social sector development; (iii) strategic focus on governance, regional cooperation and private sector development	Infrastructure incl. transportation; rural development; education; health; energy; private sector	Provincial DSSPs; Access to Justice Programme; Rural Support and Provincial Resource Management Programmes in Baluohistan	2005-06	1.51 billion
UNDP	Encourage civil society and participation from disadvantaged groups through (i) participatory governance; (ii) poverty alleviation; (iii) health and (iv) education	Education; health; SMEs; women rights; environment; governance	Rural Support Programmes; Democratisation and Governance	2004-08	19.3 million (core UNDP funds); projected total budget: 131.4 million
Total (multilateral and UN)					2.609 billion

Donor	Objectives and strategy	Sectors	Complementarity with EC	Period	Financial resources (in Euros)
Bilateral (non-EU member states)					
US	Promote equality, stability, economic growth and improved well-being of Pakistani families	education (incl.infrastructure and training); health, governance, financial services in rural areas (microfinance)	Education and Governance	2003-06	614.4 million
Switzerland	Improve living conditions of disadvantaged groups through micro and small enterprise development; human and institutional development; and natural resource management	environment; microfinance; non-fomal education; human rights	NWFP community based projects; Child Labour	1999-2005	67.67 million (average 9.6 million/year)
Japan	Construct and develop a sustainable society in Pakistan by ensuring human security and human development; development of a sound market economy; and balanced regional socio-economic development	education, health, water and sanitation; rural development; investment/industry; infrastructure	Rural Development and human development	2005-2010	to be determined according to implementation (previous estimates amount to 965 million/year)
Norway	To support poverty reduction within the framework of a rights-based approach, including promotion of human rights and democracy, as well as political stability in the region	education, good governance, culture	Education in NWFP	yearly	7.7 million/year
Canada	Contribute to poverly reduction and sustainable development through support to local governance, social development and gender equality	social sectors incl.education, health, women and citizens rights	Education and citizen rights	2001-06	To be determined on a yearly basis but not communicated before hand
Total (bilaterals other than EU MS)					

ANNEX 5: Country Environmental Profile

1. SUMMARY

This country profile describes the current and upcoming **environmental issues in Pakistan**, in particular **their relation to economic development and poverty reduction**.

Pakistan is **largely arid and semi-arid**, receiving less than 250mm annual rainfall. It comprises diverse landscapes, with high mountain systems, fragile watershed areas, alluvial plains, coastal mangroves and dune deserts. Because it is endowed with remarkable geology and is spread over broad latitude, Pakistan spans several of the world's ecological regions. Due to man-made borders and the country not being an isolated entity in bio-geographic terms, few species are found only in Pakistan. Forests cover approximately 3.7 million ha (4.5%).

Pakistan's **environmental problems are enormous**, ranging from **overexploitation of natural resources** and widespread **ecological degradation**, to a massive **contamination** of air, water and soils by traffic and industrial exhausts, untreated urban and industrial wastewater and indiscriminate application of pesticides. Obsolete pesticides are stored in appalling conditions throughout the country.

These problems are mainly **caused by a combination of poverty**, one of the highest **population growths** amongst developing countries, **land constraints** and lack of appropriate **technologies**. These environmental problems are **magnified by inefficient and ineffective governance** at all levels and threaten the lives and livelihoods of the population, in particular the poor and the environmental degradation affects the economy as a whole, reducing annual GDP by up to 8%.

For Pakistan, being an arid country, the **waters of the Indus River** are of outmost importance for producing food for the fast growing population. The irrigation system was originally constructed before independence and further extended during the 1960s and 70s. Lack of preventive maintenance, failure to construct an efficient drainage system, deforestation and consequent erosion in the watersheds have put the sustainability of this irrigation system under high pressure. Threats include the sedimentation of major reservoirs and contamination by untreated discharge of urban and industrial land. Population growth, combined with the limited amount of freshwater discharged via the Indus and its tributaries, will soon make Pakistan a water deficient country, with less than 1000 m³ freshwater available per capita. Recurring droughts, as well as wastage of water resources, aggravate this situation.

The Government of Pakistan, as a response to the decay in environmental quality, enacted a set of relevant environmental legislation, created an Environmental Protection Agency and deployed a **National Conservation Strategy (NCS)** in 1992, supplemented by the National Environmental Action Plan (NEAP) in 1996. International and bilateral donors including the EU and the EU Member States supported both policy frameworks. The EU, in particular, supported two rural environmental rehabilitation projects. Whilst both the projects have been evaluated successful with regard to achieving programmed

outputs, their outcomes are not deemed sustainable due to short span of project life for environmental activities.

In general, the GoP and donor community's achievements have raised awareness for environmental issues, but this has not been reflected in **institutional capacity building**. In the meantime, the overall physical environment continues to deteriorate.

Whilst some of the donors could demonstrate effective environmental impact assessments from their interventions, a **mainstreaming of environmental issues** into overall development cooperation, as an alternative to stand-alone environmental projects, **could not be demonstrated**. The EC Delegation relies, in this respect, on the environmental impact assessment of proposed projects from the Government's Planning Commission (PC). Questions have been raised whether this procedure is optimal and whether support for environmental issues reflects the country's needs.

Recognising the grave environmental problems, the MoE has devised a new National Environmental Policy 2005-2010, complemented by the Mid-Term Development Framework for the same period. Financial allocations to the environment sector have been increased more than 8-fold to around Euro 310 million. However, past experience indicates that the MoE was not able to spend more than 60% of the allocated budget on actual projects. Conceding this, **MoE has urged donors to support capacity building** at all levels: federal, provincial and district, to achieve progress in effectively tackling environmental problems.

Possible EC support to Pakistan's environmental policy could be partially extended via budget funding – keeping the severe capacity limitations of Pakistan's public administration and the EC's own fiduciary responsibilities in mind. Alternatively, continued support for Pakistan's civil society via environmental projects implemented through NGOs could be considered.

2. **BACKGROUND**

2.1 *Physical environment*

2.1.1 Borders

Pakistan, situated between 24°-27° north and 62°-78° east, occupies a position of geostrategic importance, bordered by Iran in the west, Afghanistan in the northwest, China in the northeast, India in the east and the Arabian Sea in the south. The total land area is estimated at 803,940³ sq. km., more than double the size of Germany. In the northeastern tip of the country, Pakistan controls about 84,159 sq.km. of the former princely state of Jammu and Kashmir, including Gilgit and Baltistan.

2.1.2 Climate

Pakistan lies in the Temperate Zone. The climate is generally arid, characterised by hot summers and cool or cold winters, with wide variations between extremes of temperature at given locations. More than half the annual rainfall occurs during the monsoon period from June to September. Were it not for the Indus River and its tributaries flowing through the country, most of Pakistan would be a desert. These generalisations should not, however, obscure the distinct differences existing between particular locations. For example, the coastal area along the Arabian Sea is usually warm, whereas the frozen snow-covered ridges of the Karakoram Range and of other mountains of the far north are cold all year round.

3. STATE OF THE ENVIRONMENT

3.1 *Environmental policy and legislation*

3.1.1 Policy and action plans

To address the enormous environmental challenges, the Government of Pakistan has taken various steps, starting with the enactment of the Pakistan Environmental Protection Ordinance in 1983. This was followed by the formation of the Pakistan Environmental Protection Council (PEPC) in 1984, an apex body for setting up environmental policies. However, no major action in terms of environmental policies or practices was carried out until 1992, when Pakistan endorsed the National Conservation Strategy (NCS), as an environmental policy at the sectoral level. NCS, after an in-depth evaluation of issues and their implications for long-term sustainability, prioritised 14 areas for implementation, which have evolved into the current Draft National Environmental Policy and the related Draft Mid-Term Development Framework for the period 2005-2010.

Table 1: Environmental Priorities set by Government of Pakistan

<i>National Conservation Strategy, NCS 1992-2000, priorities</i>	<i>National Environmental Action Plan, NEAP, 2001 – core Areas</i>	<i>National Environmental Policy, NEP, 2005-2010 – key sectoral issues</i>	<i>Mid-Term Development Framework, MTF, 2005-2010 – key sectoral issues</i>
Maintaining soils in croplands	Clean air	Water management and conservation	Fresh water, sanitation, slums and squatter settlements
Increasing irrigation efficiency	Clean water	Energy efficiency, renewables	Air pollution
Protecting watersheds	Solid waste management	Agriculture, livestock	Solid/Hazardous wastes management
Supporting forestry and plantations	Eco-system management	Forestry, plantations	Forestry and watershed management
Restoring rangelands and improving livestock		Biodiversity, protected areas	Biodiversity, wildlife and protected areas
Protecting wetlands		Climate change, air quality, noise	Rangeland management
Conserving biodiversity		Pollution and waste	Desertification

	management	
Increasing energy efficiency	Cross sectoral issues, Environment and:	Climate change
Developing & deploying renewables	Population	Energy conservation and renewables
Managing urban wastes	Gender	Marine pollution
Supporting institutions	Health	Multilateral environmental agreements
Integrating population & environment	Trade	Cross sectoral environmental concerns
Preserving cultural heritage	Poverty	Trade and environment
	Local Governance	Human resource development
		Environmental education and awareness
		Research on environment

At the macro level, the programme areas of NCS were assumed to be central to development plans, as they are critical (and cross-cutting) for economic and social sectors of the country.

The post-NCS period witnessed significant progress towards the creating of institutions and adoption of policy measures for the environment. Specific milestones in this direction include reactivating the Pakistan Environmental Protection Ordinance (PEPO) with a new Pakistan Environmental Protection Act through the Parliament in 1997, establishment of Federal and Provincial Environmental Protection Agencies (EPAs), approval of National Environmental Quality Standards (NEQS), and initiation of Provincial Conservation Strategies and acceptance of local communities/NGOs as partners in environmental management.

A Mid-Term Review of the NCS was carried out in May-June 2000 by an independent review team, comprising local and foreign experts. The review concluded that the NCS was highly instrumental in creating awareness in environment and conservation. It initiated a consultative process for advocating priorities and putting in place the environmental institutional framework. However, further effort and action is required to effect actual improvements in the state of the environment and conservation of natural resources. The review emphasised improvement in implementation capacity and the need to reinvigorate and refocus through another, more focused programme with emphasis on poverty reduction and economic development in addition to environmental sustainability.

Based on this mid-term review of the NCS and other lessons learnt in implementing the Social Action Programme (SAP) and various other development programmes, the Ministry of Environment developed the National Environmental Action Plan (NEAP), which was approved by the Pakistan Environmental Protection Council in February 2001. The primary objective of the NEAP is to initiate actions and programmes for achieving a state of the environment which safeguards public health, promotes sustainable livelihoods and enhances the quality of life of the people of Pakistan. The NEAP aims to focus on immediate measures to achieve a visible improvement in the quality of air, water and land, through effective cooperation between the Government and civil society. The Government of Pakistan and UNDP have jointly initiated an umbrella support

programme, entitled the NEAP Support Programme, providing flexibility in responding to emerging national priorities through project interventions with a focus on the poverty-environment nexus.

Despite these continued efforts to halt environmental degradation, Pakistan’s environmental quality continues to deteriorate. The Mid-term Review (MTR) of NCS undertaken in 2000, states that achievements under NCS were primarily awareness raising and to a lesser extent institution building, rather than actual improvements to the physical environment. At the same time, the environmental challenges faced by Pakistan have amplified owing to such factors as rapid population increase and economic growth. Consequently, a new National Environmental policy 2005-2015, together with a financial proposal in the form of a Mid-Term Development Framework (MTDF) 2005-2010, was devised from the Ministry of Environment, focal areas of which are listed in Table 1.

3.1.2 Legislation, Current and in preparation

Environmentally related legislation in Pakistan is fairly well developed. Implementation remains the major problem, because the institutional setup is neither efficient, nor are essential human, administrative, technical and financial resources available for effective enforcement. Table 2 below provides an overview of Pakistan’s environmental legislation to date. Major new developments, apart from a parliament Act for Renewable Energy are not currently planned.

Table 2: Environmental legislation in Pakistan Acts, Ordinances, Rules and Regulations

Pakistan Environmental Protection Act	1997
National Environmental Quality Standards: Self-Monitoring and Reporting by Industries Rules	2001
Environmental laboratories Certification Regulations	2000
Environmental Samples Rules	2001
Self-Monitoring & Reporting (SMART) Procedure	-
The Pollution Charge for Industry, Calculation and Collection Rules	2001
Hazardous Substances Rules (<i>Draft</i>)	2003
Provincial Sustainable Development Fund Board, Procedure, Rules	2001
Environmental Tribunal rules	1999
Provincial Sustainable Development Fund Utilisation Rules	2003
National Resettlement Policy march (<i>Draft</i>)	2002
Project Implementation and Resettlement of Affected Persons Ordinance (<i>Draft</i>)	2001

4. EC AND OTHER INTERNATIONAL DEVELOPMENT ASSISTANCE

4.1 *EC cooperation with the country from an environmental perspective*

Objectives such as ‘Protection of the Environment and Natural Resources’ as well as ‘Sustainable Development’ are mentioned in the EC’s Country Strategy (CSP) 2002-

2006. However, the EC's current National Indicative Programme does not focus on the environment. The CSP lists the major environmental challenges to Pakistan:

- Environmental degradation threatens to permanently damage ecological systems and is particularly influencing the lives of the poorest sections of society;
- Availability of water resources has been steadily declining;
- Pakistan's irrigated land is threatened by high degrees of water logging and salinity
- The annual rate of deforestation is one of the highest in the world.

The actual focal areas of EC development cooperation with Pakistan were:

- Human development, for which Euro 59 million is allocated to improve access to and enhance the quality of basic education in Sindh and Northern Pakistan and
- Trade development, Euro 6 million is earmarked to foster a trade and business environment in which EU/Pakistan economic relations can grow, in particular through institutional capacity building.

In addition to these priority activities, the NIP covers projects addressing the problem of child labour and the challenge of reducing demand for illegal drugs through the rehabilitation of street drug users. This package is in addition to measures already announced to support Pakistan, following the conflict in Afghanistan, including the Financial Sector Services Reform programme.

During much of the period covered under the CSP 2002 – 2006 however, the EC has been engaged in major projects explicitly concerned with the environment.

Two projects, the NWFP Rehabilitation Project and the Palas Valley Conservation were closed in late 2004 and early 2005 respectively. Both projects had positive impacts on the environment in the target areas. GoP's Economic Affairs Division indicated that renewed EC development cooperation within the environment sector is seen as desirable.

Table 3: EC environmental cooperation projects

<i>Project Title</i>	<i>Euro million</i>	<i>Status</i>
Environmental Rehabilitation in NWFP	25	Closed
Palas Valley Conservation	4.8	Closed
Tropical Forest Programme	2	Ongoing
NGO Co-financing, WWF Coastal Livelihoods Project	0.73	Ongoing

An effective procedure to consider cross cutting environmental issues, for other areas of EC intervention was only applied in a limited way and needs to be reinforced. For instance, in the education sub-sector the EC co-financed posters and curriculum development to include the natural water cycle, in cooperation with WWF.

RECOMMENDED PRIORITY ACTIONS

Environmental threats faced by Pakistan result from:

- Past economic and social development, environmental impacts of which were either not understood or ignored: soil degradation, accumulation of pesticides in soils and groundwater, inefficient irrigation practices, encroachment/fragmentation and destruction of natural habitats and deforestation;
- High population pressure combined with relatively low agricultural productivity, driving small and landless farmers either into mega cities like Karachi and Lahore or onto marginal lands;
- Current development policy, favouring industrial expansion to create sustainable economic growth in the range of 6% or more p.a. Actual industry related GDP growth during July-September 2004 was 15%, compared to 2% for agriculture.

Recommended priority actions should address the above-sketches nexus of social and economic factors and associated environmental impacts. Actions should further:

- Deliver synergy with, or be complimentary to, other donor initiatives;
- Match GoP strategies, where there is capacity to absorb co-funding & implement projects on site;
- Be congruent with the overarching objective to contribute to poverty alleviation.

ANNEX 6: Millennium Development Goals - Targets and Achievements

Target & Indicators	Definition	1990/91	2000/01	2002/03 ²	2005/06 PRSP Targets ³	2011 Perspective Plan Targets ⁴	2015 MDG T
1. Eradicating Extreme Poverty and Hunger							
Proportion of population below the calorie based food plus non-food poverty line.	Headcount index based on the official poverty line of Rs. 748.56 per capita per month, based on 2000-01 prices and 2350 minimum caloric requirement.	26.1% ¹	32.1%	n/a	28%	15%	13%
Prevalence of underweight children under 5 years of age	Proportion of children under 5 years who are underweight for their age.	40% ²	41.5% ⁶	n/a	33%	28%	< 20%
Proportion of population below minimum level of dietary energy consumption	Proportion of population below 2350 calories per day of food intake (Food poverty line).	25%	30% ⁷	n/a	n/a	15%	13%
2. Achieving universal primary education							
Net primary enrolment ratio (%)	Number of children aged 5-9 years attending primary level classes i.e. 1-5, divided by the total number of children aged 5-9 years, multiplied by 100.	46% ⁸	51% ⁹	n/a	58%	91%	100%
Completion/survival rate to grade 5 (%)	Proportion of students who complete their studies from grade I to grade 5.	Approx. 50% ¹⁰	68% (M: 72, F: 65) ¹⁰	72 ¹⁰	79% (M: 82, F:76)	n/a	100%
Adult literacy rate (%)	Proportion of people aged 10+ years who can read and write with understanding.	36.3% (M:50, F: 21)	50.5% (M:63, F:38)	54% (M: 63, F: 42)	59.5% (M: 70, F:49)	78% (M: 88, F:67)	88% (M: 89, F: 88)
3. Promoting gender equality and women empowerment							
Gender parity index (GPI) for primary, secondary and tertiary education	Proportion of girls enrolments at primary, secondary and tertiary levels in comparison with boys.	Primary: 0.51 Secondary: 0.50 Tertiary: 0.46	Primary: 0.57 Secondary: 0.64 Tertiary: 0.78	Primary: 0.57 Secondary: 0.64 Tertiary: 0.78	0.73	n/a	Primary: 1 Secondary: 0.94
Youth literacy GPI	Proportion of females as compared with boys aged 15-24 who can read and write	0.51	0.65	0.65	0.70	n/a	1.00
Share of women in wage employment in the non-agricultural sector	The share/proportion of women employed in the non-agricultural wage sector.	8.7% ¹¹	8.9% ¹²	n/a	n/a	n/a	n/a
Proportion of seats held by women in national parliament	Proportion of seats held by women in the national parliament	National Assembly 2/217=0.9% Senate: 1/87=1% ¹³	National Assembly 72/342=21% Senate: 17/100=17% ¹³	National Assembly 72/342=21% Senate: 17/100=17% ¹³	n/a	n/a	n/a
4. Reducing child mortality							
Under-five mortality rate	No. of deaths of children under five years of age per thousand live births.	140 ¹⁴	105 ¹⁵	103	80	65	52
Infant mortality rate	No. of deaths of children under 1 year of age per thousand live births.	102 ¹⁶	77 ¹⁷	75	63	40	40
Proportion of fully immunized children 12-23 months	Proportion of children of 12 to 23 months of age who are fully vaccinated against EPI target diseases.	75% ¹⁸	53% ¹⁹	55%	82%	90%	> 90%
Proportion of under 1 year children immunized against measles	Proportion of children 12 months of age and received measles vaccine.	80% ²⁰	57% ²¹	57%	80%	90%	> 90%
Prevalence of under weight children (under 5 years of age).	Proportion of children under 5 years who are underweight for their age.	40% ²²	41.5% ²³	40%	33%	28%	< 20%
Proportion of children under five who suffered from diarrhea in the last 30 days and received ORT.	Proportion of children under 5 years who passed more than 3 watery stools per day and received ORS (treated with oral re-hydration salt).	N.A.	45%	40%	40%	20%	< 10%
Lady Health worker's coverage of target population	Households covered by Lady Health Workers for their health care services.	N.A. ²⁴	33.6%	55%	83%	92.2%	100%
5. Improving Maternal Health							
Maternal mortality ratio	No. of mothers dying due to complications of pregnancy and delivery per 100,000 live births	550 ²⁵	350 ²⁶	350-400	300-350	180	140
Proportion of births attended by skilled birth attendants	Proportion of deliveries attended by skilled health personnel (MOs, midwives, LHV's).	18% ²⁷	40% ²⁸	40%	75%	90%	> 90%
Contraceptive prevalence rate	Proportion of eligible couples for family planning programmes using one of the contraceptive methods	12% ²⁵	30% ²⁵	33%	41.7%	53%	55%
6. Combating HIV/AIDS Malaria and other diseases							
Target & Indicators							
Definition							
1990/91							
2000/01							
2002/03							
2005/06 PRSP Targets							
2011 Perspective Plan Targets							
2015 MDG T							
Total fertility rate	Average number of children a woman delivered during her reproductive age (15-49)	5.4 ²⁹	4.1 ²⁹	3.9	3.76	2.5	2.1
Proportion of women 15-49 years who had given birth during last 3 years and made at least one antenatal care consultation	Proportion of women (15-49) who delivered during the last 3 years and received at least one antenatal care during their pregnancy period from either public/private care providers.	15% ²⁷	31% ²⁷	35%	50%	75%	100%

Target & Indicators	Definition	1990/91	2000/01	2002/03 ²	2005/06 PRSP Targets ³	2011 Perspective Plan Targets ⁴	2015 MDG Targets ⁵
HIV prevalence among 15-24 year old pregnant women	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a	Baseline to reduced by 50%
HIV prevalence among vulnerable group (e.g. active sexual workers)	n/a	n/a	0.03%	n/a	n/a	n/a	Baseline to reduced by 50%
Proportion of population in malaria risk areas using effective malaria prevention and treatment measures.	Proportion of population living in 19 high risk districts of Pakistan having access and using effective malaria prevention and treatment as guided in roll back malaria strategy	n/a	20%	25%	25%	n/a	75%
Incidence of tuberculosis per 100,000 population	Total number of new cases of TB reported.	n/a	177	177	133	n/a	45
Proportion of TB cases detected and cured under DOTS (Direct Observed Treatment Short Course).	Proportion of TB cases detected and managed through DOTS strategy.	n/a	25%	27%	70%	n/a	85%
7. Ensuring Environmental Sustainability							
Forest cover including state-owned and private forest and farmlands	Forest cover including state-owned and private forest and farmlands, as percentage of the total land area.	4.8%	4.8%	4.8	5%	5.7%	6%
Land area protected for the conservation of wildlife.	Land area protected as percentage of total land area.	9.1%	11.25%	11.26	11.3%	11.5%	12%
GDP (at constant factor cost) per unit of energy use as a proxy for energy efficiency.	Value added (in Rs.) per ton of oil equivalent	26,471	27,047	27,141	27,300	27,650	28,000
No. of vehicles using CNG fuel.	No. of petrol and diesel vehicles using CNG fuel.	500	280,000	370,000	n/a	812,000	920,000
Sulphur content in high speed diesel (as a proxy for ambient air quality)	Percentage of sulphur (by weight) in high speed diesel.	1.0	1.0	1.0	n/a	n/a.	0.5 to 0.2
Proportion of population (urban and rural) with sustainable access to a safe (improved) water source	Percentage of population with access to piped water	53%	63%	64%	70%	84%	93%
Proportion of population (urban and rural) with access to sanitation.	Percentage of population with access to sewerage and drainage.	30%	40%	41%	55%	63%	90%
Proportion of katchi abadis regularized.	Katchi abadis regularized as percentage of those identified by the cut-off date of 1985.	n/a	50%	51%	60%	75%	95%

- Data related to poverty and consumption indicators reported here are collected periodically through the Household Integrated Economic Survey (HIES) by the Federal Bureau of Statistics and analysed by the Planning Commission and CRPRID in order to compute the head count ratio and related indicators.
- Not a HIES year.
- All PRSP targets are taken from Accelerating Economic Growth and Reducing Poverty: The Road Ahead. Poverty Reduction Strategy Paper, Government of Pakistan, December 2003.
- Ten Year Perspective Development Plan 2001-2011, govt. of Pakistan, Planning Commission, September 2001.
- Data on nutrition related indicators are collected periodically through the National Nutrition Survey and analysed by the Planning Commission. In the table given above, the data reported under the column for 2000/01 are from the 2001-02 survey and those under 1990/91 are from the 1988-89 survey.
- Data on nutrition related indicators are collected periodically through the National Nutrition Survey and analysed by the Planning Commission. In the table given above, the data reported under the column for 2000/01 are from the 2001-02 survey and those under 1990/91 are from the 1988-89 survey.
- Planning Commission
- Pakistan Integrated Household Survey (PIHS) 1991 and 2001-2002
- Sub-committee headed by the Director, Pakistan Institute of Development Economics. However, the National Educational Management Information System (NEIMS) reports 66%.
- Ministry of Education
- Labour Force Survey 1991-92
- Labour Force Survey 2001-02
- Women and Men in Pakistan, Federal Bureau of Statistics
- Progress in Agenda for Health sector Reforms, Ministry of Health, May 2003
- Pakistan Reproductive Health and Family Planning Survey 2000-2001
- Planning Commission
- Pakistan Demographic Survey 2001
- Planning Commission
- Pakistan Integrated Household Survey 2000-01
- Planning Commission
- Pakistan Integrated Household Survey 2000-01
- National Nutrition Survey 2001-02, Planning Commission
- National Nutrition Survey 2001-02, Planning Commission
- The LHW Programme started in 1994 with 30,000 LHWs
- Progress in Agenda for Health Sector Reforms, Ministry of Health, May 2003
- National Institute of Population Studies 2003
- Agreed in Advisory Committee meetings organized by the Planning Commission during July 2003-February 2004
- Pakistan Integrated Household Survey 2000-01
- Pakistan Demographic

